

René Rhinow/Gerhard Schmid/Giovanni Biaggini/Felix Uhlmann

Öffentliches Wirtschaftsrecht

2., vollständig überarbeitete Auflage

Mitarbeit

Natalie Beilstein-Greh

Alexander Mistic

Ralph Trümpler

Helbing Lichtenhahn Verlag

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist weltweit urheberrechtlich geschützt. Insbesondere das Recht, das Werk mittels irgendeines Mediums (grafisch, technisch, elektronisch und/oder digital, einschliesslich Fotokopie und downloading) teilweise oder ganz zu vervielfältigen, vorzutragen, zu verbreiten, zu bearbeiten, zu übersetzen, zu übertragen oder zu speichern, liegt ausschliesslich beim Verlag. Jede Verwertung in den genannten oder in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags.

ISBN 978-3-7190-2774-2

© 2011 Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel
www.helbing.ch

Vorwort

12 Jahre sind seit dem Erscheinen der ersten Auflage des Öffentlichen Wirtschaftsrechts vergangen. Eine Neubearbeitung drängte sich auf, denn das Wirtschaftsrecht hat sich seither in einem grossen Ausmass verändert. Die Totalrevision der Bundesverfassung 1999 hat zu einer neuen Systematik des Wirtschaftsverfassungsrechts geführt, die sich allerdings in der Gerichtspraxis bislang kaum merklich niedergeschlagen hat. Wesentliche Änderungen brachte hingegen die Justizreform für den Rechtsschutz (auch) im Wirtschaftsrecht. Die sektoriellen, bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union stellten das Aussenwirtschaftsrecht teilweise auf eine neue Basis und hatten zahlreiche Revisionen im gesamten wirtschaftsrelevanten Landesrecht zur Folge. Massgebliche Veränderungen sind aber vor allem in vielen Bereichen des «besonderen» Wirtschaftsrechts zu verzeichnen – im materiellen Recht wie auch in der Behördenorganisation. Generell wurde die Praxis von Bundesgericht und anderen Bundesbehörden zu den wirtschaftsrelevanten Grundrechten und Bundeserlassen nachgeführt und auf den aktuellen Stand gebracht.

Die Konzeption des Werkes, wie sie im Vorwort zur ersten Auflage näher vorgestellt wird, wurde beibehalten. Namentlich nimmt der Stoff das wechselseitige Verhältnis von Recht, Staat und Wirtschaft auf, werden Querbezüge zur Sozial-, Arbeits-, Finanz- und Umwelteverfassung hergestellt und erfolgt eine Einbettung in das internationale Wirtschaftsrecht. Auf die grossen Herausforderungen, denen sich die Schweiz angesichts globaler Tendenzen, multilateraler Rechts- und Wirtschaftsentwicklungen sowie internationaler Krisen und Pressionen ausgesetzt sieht, konnte nur teilweise eingegangen werden – zu sehr sind diese im Fluss und in ihren Auswirkungen noch kaum absehbar.

Das Gemeinschaftswerk hätte nicht zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden können, wenn es nicht gelungen wäre, den Autorenkreis zu erweitern und viele fachkompetente Mitwirkende zu gewinnen. So zeichnet neu Dr. iur. Felix Uhlmann, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Rechtsetzungslehre in Zürich, als Autor – er wirkte bereits bei der ersten Auflage als Assistent am Lehrstuhl Rhinow in Basel mit. Ein besonderes Verdienst kommt zudem lic. iur. Natalie Beilstein-Greh und Dr. iur. Alexander Mistic, LL.M., vom Lehrstuhl Biaggini sowie lic. iur. Ralph Trümpler vom Lehrstuhl Uhlmann zu, die in intensiver Weise an der Überarbeitung beteiligt waren, sowie Frau stud. iur. Julia Haas vom Lehrstuhl Biaggini für die Erstellung des Sachregisters. Schliesslich haben viele fachkompetente Persönlichkeiten aus der Bundesverwaltung und der Schweizerischen Nationalbank Textpassagen durchgesehen und wertvolle Anregungen unterbreitet.

Es ist den Autoren deshalb ein grosses Anliegen, allen zu danken, die in irgendeiner Form an der Überarbeitung mitgewirkt haben. Insbesondere geht unser Dank:

- an die Assistierenden an den Lehrstühlen Biaggini und Uhlmann, insbesondere an lic. iur. Natalie Beilstein-Greh, Dr. iur. Alexander Mistic, LL.M., und lic. iur. Ralph Trümpler sowie an cand. iur. Patric Füglistaller, stud. iur. Julia Haas, José

Krause, BLaw, Kristoff Knorr, MLaw, lic. iur. Regina Meier, lic. iur. Iris Binder, Dr. iur. Cristina Bognuda, RA Ulrike Heinrich, Judith Kaspar, B.A. HSG (Law), Mathias Kaufmann, M.A. HSG (law), lic. iur. Raphael Meyer, RA Kathrin Siegrist, RA Dr. iur. Andrea Schütz;

- vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung an Herrn Michael Eichmann (Chef des Stabes);
- vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO an Herrn Richard Kämpf, Leiter Ressort Tourismus, Direktion für Standortförderung; Frau Regula Egli, Stv. Ressortleiterin Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort Regional- und Raumordnungspolitik; an Herrn Markus Willimann, Stv. Ressortleiter, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO Direktion für Standortförderung Ressort KMU-Politik und an Herrn Jörg Amsler vom BLW, alle auf Vermittlung von Herrn Hans Isenschmid aus dem GS-EVD, sowie an Herrn Dr. iur. Lukas Siegenthaler, Ressortleiter Internationale Investitionen und multinationale Unternehmen;
- von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEZA an die Herren Markus Heiniger und Michael Gerber; beide auf Vermittlung von Herrn Direktor Dahinden;
- von der Bankiervereinigung an Herrn PD Dr. Christoph Winzeler;
- von der FINMA an Frau Vizepräsidentin Dr. Monica Mächler-Erne, Leiterin der Versicherungsaufsicht;
- an Herrn Prof. Blaise Carron, Ordinarius für Zivilrecht an der Universität Neuenburg, sowie
- an Herrn Dr. iur. Johannes Reich, Kellerhals Anwälte (Bern).

Wir danken zudem dem Verlag Helbing Lichtenhahn für die ausgezeichnete Zusammenarbeit, insbesondere Herrn Dr. iur. Men Haupt und Frau Annett Burucker.

Seltisberg, Basel und Zürich, im September 2010

René Rhinow

Gerhard Schmid

Giovanni Biaggini

Felix Uhlmann

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht	XXXIX
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Recht	XLI
Erlasse	XLIII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XLIX
Allgemeiner Teil	1
1. Kapitel	
Grundlagen	3
§ 1 Staat und Wirtschaft	4
§ 2 Begriff und System des öffentlichen Wirtschaftsrechts	12
2. Kapitel	
Die Wirtschaftsverfassung der Schweiz	19
§ 3 Geschichte der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	20
§ 4 Strukturprägende Elemente und Grundverständnis	50
§ 5 Wirtschaftsfreiheit	80
§ 6 Eigentumsgarantie, Koalitionsfreiheit und weitere Individualrechte	119
§ 7 Bundesstaatliche Aspekte der Wirtschaftsverfassung	145

3. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und internationales Wirtschaftsrecht	165
§ 8 Wirtschaft als Gegenstand des internationalen Rechts	166
§ 9 Das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO)	181
§ 10 Europäische Wirtschaftsintegration	198
4. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und andere Bereichsverfassungen	213
§ 11 Sozialverfassung	214
§ 12 Arbeitsverfassung	228
§ 13 Finanzverfassung	242
§ 14 Umweltverfassung	260
5. Kapitel	
Rechtsverwirklichung im öffentlichen Wirtschaftsrecht	269
§ 15 Der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozess	270
§ 16 Instrumente und Rechtsformen des öffentlichen Wirtschaftsrechts	288
§ 17 Rechtsschutz im öffentlichen Wirtschaftsrecht	309
6. Kapitel	
Wirtschaftliches Handeln des Staates	321
§ 18 Unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand	322
§ 19 Staatliches Beschaffungswesen	353

Besonderer Teil	381
7. Kapitel	
Wettbewerbs- und Preispolitik	383
§ 20 Grundlagen der Wettbewerbs- und Preispolitik	384
§ 21 Instrumente der Wettbewerbspolitik	399
§ 22 Instrumente der Preispolitik	423
§ 23 Grundlagen der Konsumentenschutzpolitik	431
8. Kapitel	
Währungsordnung und Konjunkturpolitik	443
§ 24 Geld- und Währungsordnung	444
§ 25 Grundlagen der Konjunkturpolitik	454
§ 26 Instrumente der Konjunkturpolitik	463
9. Kapitel	
Strukturpolitik	477
§ 27 Wirtschaftsförderung durch Bund und Kantone	478
§ 28 Infrastrukturpolitik	484
§ 29 Regionale Strukturpolitik	511
§ 30 Sektorale Strukturpolitik	526
§ 31 Landesversorgung	559

10. Kapitel	
Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik	567
§ 32 Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik	568
§ 33 Instrumente der Aussenwirtschaftspolitik	586
§ 34 Entwicklungspolitik	599
11. Kapitel	
Aufsicht über ausgewählte Dienstleistungsbereiche	615
§ 35 Rahmen und Organisation der Finanzmarktaufsicht	616
§ 36 Bankenaufsicht	626
§ 37 Kapitalmarkt- und Börsenaufsicht	647
§ 38 Versicherungsaufsicht	655
§ 39 Freie Berufe	661
12. Kapitel	
Umgang mit risikobehafteten Gütern	671
§ 40 Das Wirtschaftsverwaltungsrecht im Dienst der Risikobewältigung	672
§ 41 Gefahrenvorsorge in ausgewählten Bereichen	685
Sachregister	693

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht	XXXIX
Allgemeine Literatur zum Öffentlichen Recht	XLI
Erlasse	XLIII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XLIX
Allgemeiner Teil	1
1. Kapitel	
Grundlagen	3
§ 1 Staat und Wirtschaft	4
I. Staat und Staatsaufgaben heute	4
1. Staatsaufgaben im zeitgenössischen Leistungsstaat	4
2. Steuerstaatliche Ausprägung des Leistungsstaates	5
II. Die Wirtschaft als Subsystem der Gesellschaft	6
1. Der Bereich der Wirtschaft	6
2. Koordinationsmechanismen als systembildende Faktoren	6
III. Einflüsse des Staates auf die Wirtschaft	6
1. Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Rahmenordnung	7
2. Gefahrenabwehr und Funktionenschutz	7
3. Wirtschaftspolitisch motivierte Interventionen	8
4. Konjunkturpolitik	8
5. Verwaltung der Staatsquote	8
IV. Einflüsse der Wirtschaft auf den Staat	9
1. Pluralistischer Wettbewerb im freiheitlichen Verfassungsstaat	9
2. «Staat» und «Wirtschaft» als abstrakte Chiffren	9
V. Schweizerische Charakteristika im Verhältnis von Staat und Wirtschaft	9
1. Charakteristika der schweizerischen Wirtschaft	9

2.	Für die Wirtschaftspolitik relevante Charakteristika des politischen Systems der Schweiz	11
§ 2	Begriff und System des öffentlichen Wirtschaftsrechts	12
I.	Zur Bedeutung des Rechts für den Bereich der Wirtschaft	12
1.	Allgemeine Aufgaben des Rechts	12
2.	Steuerung wirtschaftlichen Geschehens durch Recht	12
3.	Schweizerische Charakteristika	13
II.	Wirtschaftsrecht	14
1.	Begriff und Aufgaben des Wirtschaftsrechts	14
2.	Entwicklung und wirtschaftspolitische Prägung des Wirtschaftsrechts	14
III.	Öffentliches Wirtschaftsrecht	15
1.	Privatrecht und öffentliches Recht im Wirtschaftsrecht	15
2.	Verfassungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	15
3.	Verwaltungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	16
4.	Internationales Wirtschaftsrecht	17
5.	Übriges öffentliches Wirtschaftsrecht	18
2. Kapitel		
Die Wirtschaftsverfassung der Schweiz		19
§ 3	Geschichte der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	20
I.	Die Zeit vor der Bundesstaatsgründung	20
1.	Die «Verfassung der Wirtschaft» im Ancien Régime	21
a.	Privilegienwirtschaft	21
b.	Postulate der Aufklärung	23
2.	Von der Helvetik bis zur Bundesstaatsgründung	24
a.	Erste helvetische Verfassung (1798)	24
b.	Zweite helvetische Verfassung (1802) und Mediationsakte (1803)	25
c.	Restaurations- und Regenerationszeit	25
II.	Die Entwicklung der Wirtschaftsverfassung in den ersten Jahrzehnten des Bundesstaates	27
1.	Die Wirtschaftsverfassung von 1848	27
2.	Die Wirtschaftsverfassung von 1874	30
a.	Verankerung der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31)	30
b.	Weitere Neuerungen	30
c.	Merkmale der Wirtschaftsverfassung von 1874	31

III.	Weitere Entwicklung unter der Bundesverfassung von 1874 bis zur Wirtschaftsverfassung der «Wirtschaftsartikel» von 1947	32
1.	Erweiterung des wirtschaftsrechtlichen Handlungsspielraums des Bundes	32
2.	Kriegs- und Krisenwirtschaft	33
3.	Rückkehr zu geordneten verfassungsrechtlichen Verhältnissen: die «Wirtschaftsartikel» von 1947	34
IV.	Neuere und neueste Entwicklungen	36
1.	Verfassungsentwicklung bis zur Totalrevision von 1999	36
2.	Wirtschaftsverfassung und Totalrevision der Bundesverfassung	39
a.	Vorentwurf 1977 und Modellstudie 1985	39
b.	Verfassungsentwurf 1995 (Vernehmlassungsvorlage)	40
c.	Verfassungsentwurf 1996	41
d.	Die Wirtschaftsverfassung der neuen Bundesverfassung von 1999	41
3.	Entwicklungen im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik im Allgemeinen	42
4.	Europäische Integration	43
5.	Gescheiterte Vorhaben	44
6.	Bedeutung der direktdemokratischen Institutionen	45
7.	Aktuelle Entwicklungen	46
§ 4	Strukturprägende Elemente und Grundverständnis	50
I.	Strukturprägende Elemente	51
1.	Überblick	51
2.	Grundrechte und Verfassungsgrundsätze	51
a.	Wirtschaftsrelevante Grundrechtsgarantien	51
b.	Funktionen der Grundrechte im Wirtschaftsbereich	53
c.	Verfassungsgrundsätze	54
3.	Ziel- und Aufgabennormen	54
4.	«Schrankennormen»	56
5.	Exkurs: Zum Begriff «Wirtschaftsverfassung»	58
II.	Zur Deutung der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	58
1.	Zur Frage des «Gesamtbildes» der schweizerischen Wirtschaftsverfassung unter der Bundesverfassung von 1874	59
2.	Gegensätzliche interpretationsleitende Grundverständnisse	60
a.	Drei Hauptströmungen	60
b.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftsfreiheit»	60
c.	«Wirtschaftsverfassung der Wettbewerbsfreiheit»	61
d.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftspolitik»	61
e.	Behördenpraxis	62
f.	Defizite der überkommenen Grundverständnisse	62

III.	Freiheits- und wettbewerbsorientierte sowie umwelt- und sozialverpflichtete Wirtschaftsverfassung im Rahmen der neuen Bundesverfassung	63
1.	Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt: Die Unterscheidung von grundsatzkonformen und grundsatzwidrigen Massnahmen	63
	a. Scharnierfunktion des «Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit» (Art. 94 BV)	63
	b. Prinzipielle Zulässigkeit grundsatzkonformer Massnahmen	64
	c. Prinzipielle Unzulässigkeit grundsatzwidriger Massnahmen	64
	d. Zur Konkretisierung des «Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit»	65
	e. Begrenzter Nutzen und Problematik der vom Bundesgericht entwickelten Massnahmen-Kategorien («wirtschaftspolizeilich», «sozialpolitisch», «wirtschaftspolitisch»)	68
2.	Funktionen der Wirtschaftsfreiheit im Rahmen der Wirtschaftsverfassung	69
	a. Funktionenvielfalt	69
	b. Zur wirtschaftssystembezogenen Funktion	69
	c. Zum Verhältnis von individualrechtlicher und wirtschaftssystembezogener Funktion	71
	d. Zur bundesstaatlichen Funktion	71
	e. Zur demokratischen Funktion	72
3.	Das interpretationsleitende Grundverständnis: eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsverfassung mit demokratiebedingt offenen Flanken	73
	a. Fehlen eines förmlichen Systementscheids	73
	b. Eine marktwirtschaftsorientierte Wirtschaftsverfassung	73
	c. Staatliche, soziale und internationale Einbettung der marktwirtschaftlichen Ordnung	74
	d. Gesamtbild einer freiheitlichen, wettbewerbsorientierten und sozial- und umweltverpflichteten Wirtschaftsverfassung	74
	e. Die Eigenart der schweizerischen Wirtschaftsverfassung im Verfassungsvergleich	75
4.	Probleme der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	76
	a. «Leerlaufender» Verfassungsvorbehalt	76
	b. Suboptimale Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	77
	c. Probleme bei der grundrechtlichen Durchdringung der Aussenwirtschaftsbeziehungen	78
	d. Lücken im Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit	78
§ 5	Wirtschaftsfreiheit	80
I.	Bedeutung und Funktionen der Wirtschaftsfreiheit	80
	1. Überblick	80
	2. Grundrechtsdimensionen	81

a.	Subjektiv-anspruchs begründende Dimension	81
b.	Objektiv-konstitutive Dimension	81
c.	Wechselseitige Einwirkungen	82
3.	Das Zusammenspiel der Grundrechtsdimensionen und Funktionen des Art. 27 BV	83
a.	Individualrechtliche Funktion	83
b.	Wirtschaftssystembezogene Funktion	84
c.	Bundesstaatliche Funktion	85
d.	Demokratische Funktion	86
II.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich sowie Schutzrichtung	87
1.	Überblick	87
2.	Sachlicher Schutzbereich im Allgemeinen	87
a.	Jede private Erwerbstätigkeit	87
b.	Erwerbsmoment	88
c.	Grundrechtliche Konsumfreiheit?	88
3.	Berufswahl-, Berufszugangs- und Berufsausübungsfreiheit	89
a.	Berufswahl- und Berufszugangsfreiheit	89
b.	Berufsausübungsfreiheit	89
c.	Schutz gegen die Einräumung von Privilegien und Marktvorteilen zu Gunsten einzelner Wirtschaftssubjekte	90
4.	Ausklammerung amtlicher Tätigkeiten und staatlicher Monopole	91
5.	Schutzwirkung ausserhalb der «Eingriffsverwaltung»	93
a.	Verneinung eines Anspruchs auf staatliche Leistungen in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	93
b.	Ansätze zur Anerkennung eines «bedingten» Anspruchs auf staatliche Leistungen	94
6.	Persönlicher Schutzbereich	97
a.	Selbstständigerwerbende und Unselbstständigerwerbende	97
b.	Grundrechtsschutz in besonderen Rechtsverhältnissen	98
c.	Juristische Personen des Privatrechts	98
d.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts?	99
7.	Schutzrichtung	99
III.	Anforderungen an Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit	100
1.	Zur Frage des Vorgehens bei der Überprüfung	100
2.	Wahrung des Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94 BV)	101
3.	Allgemeine Anforderungen: gesetzliche Grundlage	104
4.	Allgemeine Anforderungen: Rechtfertigung durch ein überwiegendes öffentliches Interesse	105
a.	In Betracht fallende Interessen	105
b.	Zur Problematik der überkommenen «Schrankentrias»	106
c.	Zur Praxis der Grundrechtsbeschränkung	108
5.	Allgemeine Anforderungen: Wahrung der Verhältnismässigkeit	111
6.	Allgemeine Anforderungen: Wahrung des Kerngehalts	113

7.	Zu Einordnung und Tragweite des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Konkurrenten	114
8.	Schranken für das grundrechtstangierende Handeln ausserhalb des traditionellen Eingriffsbereichs	117
§ 6	Eigentumsgarantie, Koalitionsfreiheit und weitere Individualrechte	119
I.	Eigentumsgarantie (Art. 26 BV)	119
1.	Bedeutung der Eigentumsgarantie	119
2.	Schutzbereich und Funktionen	121
a.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	121
b.	Eigentumsgarantie als Bestandesgarantie	122
c.	Eigentumsgarantie als Wertgarantie	123
d.	Eigentumsgarantie als Institutsgarantie	125
3.	Die spezifisch wirtschaftsrechtliche Bedeutung der Eigentumsgarantie	127
a.	Die Eigentumsgarantie als Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung	127
b.	Zur Bedeutung der Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des Bundesgerichts	128
c.	Schutz faktischer Interessen	131
II.	Weitere Grundrechtsgarantien des nationalen Rechts (Hinweise)	132
1.	Niederlassungsfreiheit (Art. 24 BV)	132
2.	Vereinigungsfreiheit (Art. 23 BV)	133
3.	Koalitionsfreiheit (unter Einschluss der Arbeitskampffreiheiten)	134
a.	Die Tragweite der Koalitionsfreiheit im Überblick	134
b.	Zur Tragweite der Arbeitskampffreiheiten (Streik und Aussperrung)	135
4.	Ideelle Grundrechte und Grundrechte der Person	138
5.	Vertragsfreiheit?	138
6.	Rechtsgleichheit und weitere rechtsstaatliche Garantien	139
7.	Kantonale Grundrechtsgarantien im Wirtschaftsbereich	140
III.	Wirtschaftsrelevante Garantien des internationalen Rechts (Hinweise)	140
1.	Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	140
2.	Die UNO-Pakte von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte	142
3.	Staatsvertragliche Garantien betreffend die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs	143

§ 7 Bundesstaatliche Aspekte der Wirtschaftsverfassung	145
I. Allgemeine Determinanten	145
II. Die Kompetenzordnung im Überblick	146
1. Kompetenzen des Bundes im Wirtschaftsbereich	146
2. Kantonale Kompetenzen im Wirtschaftsbereich	148
III. Konsequenzen aus der Grundrechtsordnung (Wirtschaftsfreiheit)	150
1. Weitreichende wirtschaftspolitische Befugnisse des Bundes	150
2. Beschränkte wirtschaftspolitische Befugnisse der Kantone	151
3. Beschränkungen des kantonalen Handlungsspielraums aufgrund des Prinzips der Einheit des Wirtschaftsraums	152
a. Freiheit des binnenschweizerischen Wirtschaftsverkehrs	152
b. Das Problem der Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	154
4. Förderung der Homogenität des schweizerischen Wirtschaftsraums durch das Binnenmarktgesetz	156
a. Entstehung und Zweck des Gesetzes	156
b. Regelungsansatz	157
c. Grundsatz des freien Marktzugangs und zulässige Einschränkungen	158
d. Rechtsschutz	161
e. Zu Bedeutung und Tragweite des Binnenmarktgesetzes	162
3. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und internationales Wirtschaftsrecht	165
§ 8 Wirtschaft als Gegenstand des internationalen Rechts	166
I. Internationale Verflechtung des schweizerischen Wirtschaftsrechts	166
II. Fehlen einer «globalen Wirtschaftsverfassung»	168
III. Strukturen des internationalen Wirtschaftsrechts	168
1. Traditionelles Wirtschaftsvölkerrecht: Zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen und Internationale Organisationen	168
a. Überblick	168
b. Die Institutionen von Bretton Woods: Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe	169
c. Zur Rolle der Vereinten Nationen sowie ihrer Spezialorganisationen und Nebenorgane	171
d. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	172
2. Private Wirtschaftssubjekte im internationalen Wirtschaftsrecht	173

IV.	Zentrale Regelungsgegenstände	174
1.	Überblick	174
2.	Liberalisierung des Warenhandels	174
3.	Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs	175
V.	Zur Präsenz der Schweiz auf internationaler Ebene	176
1.	Engagement in weltweit tätigen Organisationen	176
2.	Engagement auf europäischer Ebene	177
a.	EFTA	177
b.	Europäische Union	177
c.	Europarat	180
d.	Weitere Abkommen, insbesondere mit Liechtenstein	180
§ 9	Das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO)	181
I.	GATT 1994	181
1.	Entstehung und Überblick	181
2.	Grundprinzipien des GATT	182
3.	Ausnahmen und Einschränkungen	184
a.	Zollunionen und Freihandelszonen	184
b.	Ausnahmen zugunsten von Entwicklungsländern	185
c.	Gerechtfertigte Handelsbeschränkungen	185
II.	Institutionelles	187
1.	Organe und Beschlussfassung	187
2.	Verfahren der Streitbeilegung	188
III.	GATT 1994 und ergänzende Übereinkommen	189
1.	Überblick	189
2.	GATT 1994	190
3.	Weitere Übereinkommen	190
a.	Landwirtschaft	191
b.	Textilien	191
c.	Technische Handelshemmnisse	191
d.	Handelsbezogene Investitionsmassnahmen	191
e.	Massnahmen gegen das sog. Dumping	192
f.	Subventionen und Ausgleichsmassnahmen	192
g.	Ursprungsregeln	193
IV.	Weitere Abkommen im Rahmen der WTO	193
1.	Dienstleistungsverkehr (GATS)	193
2.	Geistiges Eigentum (TRIPS)	195
V.	Konsequenzen für die Schweiz	195

§ 10 Europäische Wirtschaftsintegration	198
I. Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union im Überblick	198
1. Europäische Wirtschaftsverfassung als Prozess	198
2. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundbausteine gemäss EWG-Vertrag (1958)	199
a. Freiheit des Warenverkehrs	199
b. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	200
c. Niederlassungsfreiheit	200
d. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	201
e. Freiheit des Kapitalverkehrs	201
f. Weiterentwicklung der Grundfreiheiten in der Rechtsprechung des EuGH	201
g. Weitere Grundprinzipien	202
h. Anerkennung ungeschriebener Grundrechte	202
3. Von der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) über den Vertrag von Maastricht (1993) zum Vertrag von Lissabon (2009)	203
4. Merkmale der Europäischen Wirtschaftsverfassung	205
II. Europäischer Freihandel und Europäischer Wirtschaftsraum	207
1. Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)	207
2. Freihandelsabkommen der EWG mit den einzelnen EFTA-Mitgliedstaaten	208
3. Europäischer Wirtschaftsraum	208
4. Wachsender europäischer Freihandelsraum	209
4. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und andere Bereichsverfassungen	213
§ 11 Sozialverfassung	214
I. Grundlagen der Sozialverfassung	214
1. Sozialverfassung und andere Bereichsverfassungen	214
2. Sozialstaatlichkeit und Sozialpolitik	215
3. Normstrukturen	216
a. Zielbestimmungen	216
b. Grundrechte	217
c. Bundeskompetenzen und Verfassungsaufträge	217
d. Gesetzgebung	218
e. Kantonale Verfassungen	218
f. Völkerrecht	218
4. Sozialstaatsprinzip und andere verfassungsgestaltende Prinzipien	218
5. Das System der sozialen Sicherheit	219

II.	Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialverfassung	220
III.	Sozialziele	221
IV.	Sozialpolitik des Bundes im Überblick	222
	1. Sozialversicherungen und Sozialvorsorge	222
	2. Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	223
	3. Sozialhilfe	224
V.	Die Sozialverfassung und ihr internationales Umfeld	225
§ 12	Arbeitsverfassung	228
I.	Grundlagen der Arbeitsverfassung	228
	1. Zum Begriff der Arbeitsverfassung	228
	2. Konnexen der Arbeitsverfassung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzverfassung	229
	3. Normstrukturen	230
	a. Zielbestimmungen	230
	b. Bundeskompetenzen und Verfassungsaufträge	231
	d. Gesamtarbeitsverträge und Allgemeinverbindlicherklärung	231
	e. Grundrechte	232
II.	Die Entwicklung der schweizerischen Arbeitsverfassung	232
III.	Elemente der schweizerischen Arbeitsverfassung	233
	1. Koalitionsfreiheit	233
	2. Gesamtarbeitsverträge und ihre Allgemeinverbindlicherklärung	234
	3. Streik und Aussperrung als grundsätzlich zulässige Arbeitskämpfmassnahmen	235
	a. Allgemeines	235
	b. Zulässigkeit von Streik und Aussperrung	236
	c. Grundrechtsnatur des Streikrechts	236
	4. Weitere Elemente der Arbeitsverfassung	237
	a. Arbeitnehmerschutz	237
	b. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	237
	c. Gleichstellungsrecht	238
	d. Verfassungsrechtliche Grundlage des Arbeitsvertragsrechts	239
IV.	Die schweizerische Arbeitsverfassung und ihr internationales Umfeld	239

§ 13 Finanzverfassung	242
I. Allgemeines	243
1. Zu Begriff und Entwicklung der Finanzverfassung	243
2. Zum Stand der Finanzordnung	243
3. Konnexen der Finanzverfassung mit anderen Bereichsverfassungen	244
II. Finanzhaushalt des Bundes	246
1. Allgemeines	246
2. Kompetenzen und Verfahren	246
a. Bundesversammlung	246
b. Bundesrat und Finanzkontrolle	248
3. Haushaltsgleichgewicht	248
4. Kein Finanzreferendum	250
III. Steuern	250
1. Verfassungsrechtliche Grundsätze der Besteuerung	250
2. Steuern des Bundes und der Kantone	253
a. Bundessteuern	253
b. Kantonale Steuern	254
IV. Finanzausgleich	254
1. Allgemeines	254
2. Ausgestaltung	255
V. Die Finanzverfassung und ihr internationales Umfeld	256
1. Allgemeines	256
2. WTO, IWF und Weltbank	256
3. Zoll	257
4. Exportrisikoversicherung	258
5. Doppelbesteuerungsabkommen	258
§ 14 Umweltverfassung	260
I. Zum Begriff der Umweltverfassung	260
II. Umweltverfassung und andere Bereichsverfassungen	261
III. Die Entwicklung der Umweltverfassung	262
IV. Elemente der heutigen Umweltverfassung	263
V. Gesetzliche Konkretisierungen	264
1. Ausgewählte Bundesgesetze	264
a. Umweltschutzgesetz	264
b. Raumplanungsgesetz	265
c. Gewässerschutzgesetz	265

d.	Waldgesetz	265
e.	Natur- und Heimatschutzgesetz	265
2.	Grundsätze der Umweltgesetzgebung	266
a.	Nachhaltigkeitsprinzip	266
b.	Vorsorgeprinzip	266
c.	Verursacherprinzip	267
d.	Lastengleichheitsprinzip	267
e.	Koordinationsprinzip	267
f.	Kooperationsprinzip	268
VI.	Völkerrechtliche Vorgaben und Einbettung des Umweltschutzes	268
5. Kapitel		
Rechtsverwirklichung im öffentlichen Wirtschaftsrecht		269
§ 15	Der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozess	270
I.	Akteure	270
1.	Allgemeines	270
2.	Staatliche Organe als Träger der Wirtschaftspolitik	271
a.	Allgemeines	271
b.	Stimmberechtigte und Parlament	271
c.	Bundesrat und Bundesverwaltung	272
d.	Kantone	273
3.	Zur Bedeutung der Verbände im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess	273
II.	Prozesse	277
1.	Grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen	277
a.	Initiierung	278
b.	Erarbeitung von Problemlösungen	278
c.	Vernehmlassungsverfahren	279
d.	Entscheid im Parlament und in der Volksabstimmung	281
e.	Demokratie und wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozess	282
2.	Politikumsetzung	282
a.	Allgemeines	282
b.	Einbezug von Wirtschaftsverbänden	283
III.	Rechtsstaatliche Grundsätze	285
1.	Überblick	285
2.	Hinweise auf einige Besonderheiten im Bereich des öffentlichen Wirtschaftsrechts	285
a.	Grundsatz der Gesetzmässigkeit	285
b.	Rechtsgleichheit	286
c.	Erfordernis des öffentlichen Interesses	286

d.	Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	286
e.	Verhältnismässigkeitsprinzip	287
f.	Verfahrensgarantien	287
§ 16	Instrumente und Rechtsformen des öffentlichen Wirtschaftsrechts	288
I.	Aufgabenvielfalt und Instrumentenvielfalt	288
1.	Allgemeines	288
2.	Systematisierung des wirtschaftsrechtlichen Instrumentariums	289
II.	Typologie der Instrumente nach Art der Einwirkung	291
1.	Verbote	291
2.	Verhaltensgebote	291
3.	Verbote mit Genehmigungsvorbehalt (Bewilligungspflicht)	292
a.	Allgemeines	292
b.	Polizeilich motivierte Bewilligungspflichten (Gefahrenabwehr)	292
c.	Wirtschaftspolitisch motivierte Bewilligungssysteme (Wirtschaftslenkung)	293
4.	Monopolisierung und Konzessionierung	294
a.	Staatliche Monopolisierung	294
b.	Rechtliche und faktische Monopole	295
c.	Nutzung von Monopolen, insbesondere Konzessionierung von privaten Unternehmen	296
5.	Subventionen	297
a.	Allgemeines	297
b.	Arten von Finanzhilfen	298
c.	Rechtsformen der Subventionierung	301
6.	Lenkungsabgaben	301
7.	Staatlich flankierte Selbstregulierung	303
8.	Weitere Instrumente	305
III.	Typologie der Instrumente nach Aufgaben	307
§ 17	Rechtsschutz im öffentlichen Wirtschaftsrecht	309
I.	Hinweise zum Rechtsschutzsystem	309
1.	Bedeutung eines effektiven Rechtsschutzsystems	309
2.	Das Rechtsmittelsystem im Bund	310
3.	Rechtsschutz aus der Sicht des öffentlichen Wirtschaftsrechts	310
a.	Wirtschaftsverwaltungsrecht des Bundes	310
b.	Kantonales Wirtschaftsverwaltungsrecht	312
II.	Einige Besonderheiten im Bereich des Rechtsschutzverfahrens	312
1.	Kognition und Prüfungsdichte	312

a.	Funktionell-rechtlich begründete richterliche Zurückhaltung	312
b.	Richterliche Zurückhaltung bei der Überprüfung von Verordnungen des Bundesrates	313
2.	Sachverhaltsfragen	314
3.	Beschwerdeobjekt	314
4.	Beschwerdebefugnis des Konkurrenten	316
a.	Allgemeiner Rahmen	316
b.	Das Erfordernis einer «spezifischen Beziehungsnähe»	316
c.	Konkurrentenbeschwerde und «rechtlich geschütztes Interesse»	318
d.	Abwägungsbedürftigkeit	318
5.	Verbandsbeschwerde	319
6. Kapitel		
Wirtschaftliches Handeln des Staates		321
§ 18 Unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand		322
I.	Allgemeines	323
1.	Bedeutung der unternehmerischen Betätigung	323
2.	Begriff der unternehmerischen Tätigkeit	325
3.	Rechts- und Organisationsformen	327
a.	Unternehmerische Tätigkeit einer Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung	327
b.	Öffentlichrechtliche Anstalt ohne Rechtspersönlichkeit	328
c.	Öffentlichrechtliche Anstalt mit Rechtspersönlichkeit	328
d.	Öffentlichrechtliche Körperschaft	328
e.	Privatrechtliche Gesellschaft, die von einem (allenfalls mehreren) Gemeinwesen beherrscht wird	329
f.	Gemischtwirtschaftliche Gesellschaft mit privater Beteiligung und mit besonderer Stellung des Gemeinwesens	329
g.	Privatrechtliche Gesellschaft mit blosser Minderheitsbeteili- gung des Gemeinwesens und ohne spezielle Vorrangstellung	330
4.	Der Begriff des öffentlichen Unternehmens	330
5.	Monopol- und Wettbewerbssituation unternehmerischer Tätigkeit	331
a.	Monopolsituation	331
b.	Wettbewerbssituation	331
c.	Mischformen	332
6.	Öffentliche Unternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik	333
II.	Grundvoraussetzungen unternehmerischer Tätigkeit der öffentlichen Hand	334
1.	Anforderungen aufgrund der Wirtschaftsfreiheit	335

a.	Vereinbarkeit mit dem objektiven Gehalt der Wirtschaftsfreiheit	335
b.	Grundrechtlicher Anspruch auf Schutz vor Konkurrenzierung durch den Staat?	338
2.	Insbesondere: Erfordernis des öffentlichen Interesses	340
a.	Öffentliches und (rein) fiskalisches Interesse	340
b.	Öffentliches Interesse und Leistungsauftrag	342
3.	Positivrechtliche Regelungen	343
a.	Verfassungsrecht	343
b.	Gesetzesrecht	344
III.	Modalitäten unternehmerischer Betätigung der öffentlichen Hand	345
1.	Allgemeine Grundrechtsbindung	345
a.	Staatliche Aufgabe	346
b.	Zurechnung zum Staat	346
c.	Spezifische Tätigkeit (Monopol oder Wettbewerb)	347
2.	Folgen der Grundrechtsbindung	347
3.	Bindung an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit bzw. der Wettbewerbsneutralität	348
4.	Grundsätze der Legalität und der Spezialität	350
5.	Wettbewerbsrecht	351
6.	Grundrechtsberechtigung	352
§ 19	Staatliches Beschaffungswesen	353
I.	Allgemeines	354
1.	Die öffentliche Beschaffung im Rahmen der Staatstätigkeit	354
a.	Beschaffungswesen und Beschaffungsrecht	354
b.	Bedeutung und Zielsetzungen	357
c.	Ablauf einer Beschaffung	359
2.	Beschaffungswesen und Grundrechte	360
3.	Ausgewählte Problempunkte	361
a.	Vergabeverfahren	362
b.	Zuschlagskriterien	363
c.	Verhandlungsrunden	363
d.	Rechtsschutz	364
II.	Rechtliche Grundlagen im Überblick	365
1.	Verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung	365
2.	Früherer Rechtszustand und geltendes Recht	365
III.	Internationales Recht	367
1.	GATT/WTO	367
a.	Geschichtliche Hinweise	367

b.	Grundsätze und Anwendungsbereich des Government Procurement Agreement	368
c.	Vergabeverfahren	369
d.	Zuschlagskriterien	369
e.	Rechtsschutz	369
2.	Beschaffungsabkommen mit der EU	370
IV.	Bundesrecht	371
1.	Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	371
a.	Allgemeines	371
b.	Grundsätze	371
c.	Anwendungsbereich	372
d.	Vergabeverfahren	372
e.	Zuschlagskriterien	372
f.	Verhandlungsrunden	373
g.	Rechtsschutz	373
h.	Weitere Regelungen	374
2.	Das Binnenmarktgesetz	375
a.	Grundsätze	375
b.	Anwendungsbereich	375
c.	Rechtsschutz	375
V.	Die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	376
1.	Grundsätze	376
2.	Anwendungsbereich	376
3.	Vergabeverfahren	377
4.	Zuschlagskriterien	377
5.	Rechtsschutz	377
VI.	Revisionsbestrebungen	378
	Besonderer Teil	381
	7. Kapitel	
	Wettbewerbs- und Preispolitik	383
	§ 20 Grundlagen der Wettbewerbs- und Preispolitik	384
I.	Bedeutung und Funktion des Wettbewerbes	385
II.	Verfassungsgrundlagen der schweizerischen Wettbewerbsordnung	386
1.	Überblick	386
2.	Historische Entwicklung	387

III.	Kartellartikel (Art. 96 BV)	388
1.	Stellenwert	388
2.	Wettbewerb und Wirtschaftsfreiheit	389
3.	Verfassungsrechtliche Begrenzungen	390
IV.	Weitere Verfassungsgrundlagen	392
1.	Preisüberwachungsartikel (Art. 96 Abs. 2 Bst. a BV)	392
2.	Zivilrechtskompetenz (Art. 122 BV)	392
V.	Verfassungsaspekte des Abbaus von staatlichen Wettbewerbsbehinderungen	392
VI.	Internationale Aspekte der Wettbewerbsverfassung	394
1.	Beispiele wettbewerbsrelevanter Bestimmungen in Staatsverträgen	394
a.	EFTA-Übereinkommen	394
b.	Freihandelsabkommen Schweiz – EG	395
c.	Sektorielle Abkommen	396
d.	Weitere bilaterale Freihandelsabkommen	396
2.	Ausstrahlung des europäischen Wettbewerbsrechts auf die Schweiz	397
a.	Wettbewerbsrecht der Europäischen Union (Art. 101 ff. AEUV)	397
§ 21	Instrumente der Wettbewerbspolitik	399
I.	Grundzüge der Wettbewerbsgesetzgebung	400
1.	Überblick	400
2.	Verfassungsrechtlicher Hintergrund und Konzeption	400
3.	Aufbau des Kartellgesetzes	401
4.	Zweck und Geltungsbereich	402
a.	Zweck	402
b.	Geltungsbereich	402
c.	Legaldefinitionen	404
5.	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5–8 KG)	405
a.	Grundkonzeption	405
b.	Methodische Aspekte (gesetzliche Vermutungstatbestände)	408
c.	Zulässigkeit von wettbewerbsbeschränkenden Praktiken mangels Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung (Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	408
d.	Grundsätzliche Unzulässigkeit bestimmter Praktiken (umstossbare Schädlichkeitsvermutung; Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	409
e.	Zulässigkeit infolge Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz (Art. 5 Abs. 2 und Art. 6 KG)	409
f.	Keine Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz im Falle von wettbewerbsbeseitigenden Abreden (Art. 5 Abs. 1 KG)	410

g.	Gesetzliche Vermutungen der Wettbewerbsbeseitigung (Art. 5 Abs. 3 und 4 KG)	411
h.	Zulassung infolge Rechtfertigung durch überwiegende öffentliche Interessen (Art. 8 KG)	412
i.	Fazit: Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Bejahung der volkswirtschaftlichen oder sozialen Schädlichkeit)	412
j.	Verwaltungsanktionen (Art. 49a ff. KG)	413
6.	Beurteilung der Bestimmungen über unzulässige Wettbewerbs- beschränkungen (Art. 5–8 KG) aus verfassungsrechtlicher Sicht	413
a.	Gewährleistung des Einbezugs von Allgemeininteressen	413
b.	Zum Problem der Normunbestimmtheit	414
7.	Präventive Fusionskontrolle (Art. 9–11 KG)	415
8.	Institutionelles und Verfahrensfragen	416
9.	Zivilrechtliche Aspekte	418
10.	Evaluation und Reformen	418
II.	Grundzüge der Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb	419
1.	Grundzüge der Regelung	419
2.	Durchsetzung	421
3.	Unlauterer Wettbewerb und Meinungsäußerungsfreiheit	422
§ 22	Instrumente der Preispolitik	423
I.	Grundzüge des Preisüberwachungsgesetzes	423
1.	Allgemeines	423
2.	Stellung und Aufgaben des Preisüberwachers	424
3.	Preismissbrauch und wirksamer Wettbewerb	425
4.	Verfahren und Rechtsschutz	427
II.	Weitere Bereiche staatlicher Preisbeeinflussung	427
1.	Allgemeines	427
2.	Ausgewählte Bereiche	428
a.	Landwirtschaft	428
b.	Wohnungsmarkt	428
c.	Anwaltsdienstleistungen	428
d.	Gesundheitsmarkt	429
e.	Alkohol	429
f.	Geld- und Kreditmarkt	430
g.	Elektrizität	430
h.	Versicherungen	430

§ 23 Grundlagen der Konsumentenschutzpolitik	431
I. Konsumentenschutz im Rahmen der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	431
II. Verfassungsgrundlagen zum Konsumentenschutz	433
1. Der Konsumentenschutzartikel (Art. 97 BV)	433
a. Allgemeines und Entwicklung	433
b. Der Verfassungsauftrag des Art. 97 Abs. 1 BV im Besonderen	434
c. Massnahmen im Bereich der Rechtsdurchsetzung	434
2. Weitere Verfassungsbestimmungen zum Konsumentenschutz	436
III. Bundesgesetzgebung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes (Hinweise)	436
1. Grundlagen	436
2. Konsumenteninformation	437
3. Konsumentenschutz-Aspekte der Wettbewerbsgesetzgebung	438
4. Produkthaftungspflicht	438
5. Pauschalreisen	439
6. Konsumkredit	439
7. Gewerbe der Reisenden	440
8. Konsumentenschutz im Obligationenrecht	440
9. Nicht verwirklichte Vorhaben	440
IV. Kantonale Gesetzgebung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes	441
8. Kapitel	
Währungsordnung und Konjunkturpolitik	443
§ 24 Geld- und Währungsordnung	444
I. Begriff und Wesen des Geldes	444
1. Begriff und Funktionen	444
2. Bargeld und Buchgeld	445
II. Münzregal und Banknotenmonopol	447
1. Entstehungsgeschichte	447
2. Rechtsgrundlagen im Überblick	447
3. Von der Goldbindung zum Gold als Reserveposition	448
III. Aufgaben und Stellung der Schweizerischen Nationalbank	451
1. Geldpolitik und weitere Aufgaben	451
2. Grundlagen der Schweizerischen Nationalbank	452
3. Stellung der Nationalbank im politischen System	453

§ 25 Grundlagen der Konjunkturpolitik	454
I. Begriff und Ziele der Konjunkturpolitik	454
1. Allgemeines	454
2. Vollbeschäftigung	456
3. Preisstabilität	456
4. Aussenwirtschaftliches Gleichgewicht	457
5. Weitere Ziele	458
6. Zielkonflikte	458
II. Der Konjunkturartikel als Grundlage der Konjunkturpolitik	459
1. Werdegang von Art. 100 BV	459
a. Der Konjunkturartikel von 1947	459
b. Die Revisionsbestrebungen der 1970er Jahre	459
c. Bundesverfassung von 1999	460
2. Art. 100 BV im Überblick	460
a. Der Konjunkturartikel als Kompetenz- und Zielnorm	460
b. Zum Geltungsbereich des Konjunkturartikels	460
3. Weitere konjunkturpolitisch relevante Verfassungsbestimmungen und ihr Verhältnis zu Art. 100 BV	461
a. Notenbankartikel	461
b. Aussenwirtschaft und Zölle	461
c. Finanzverfassung	462
4. Verhältnis zur Wirtschaftsfreiheit	462
§ 26 Instrumente der Konjunkturpolitik	463
I. Geld- und Währungspolitik	464
1. Zielgrössen der Geld- und Währungspolitik	464
2. Instrumente der Geld- und Währungspolitik	465
a. Rechtsgeschäftliche und hoheitliche Instrumente	465
b. Rechtsgeschäftliche Instrumente	466
c. Hoheitliche Instrumente	467
d. Weitere Instrumente	468
II. Finanzpolitik	469
1. Allgemeines	469
2. Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung	470
3. Arbeitsbeschaffungsreserven	473
a. Anreiz zur Bildung	473
b. Arbeitsbeschaffungsreserven gemäss Bundesgesetz vom 20.12.1985	473
III. Weitere Instrumente	474
1. Aussenwirtschaftspolitik	474

2.	Konjunkturbeobachtung	475
3.	Konjunkturpolitische Bedeutung der Regionalpolitik (Verweis)	475
IV.	Koordinationsbedarf in der Konjunkturpolitik	475
9. Kapitel		
Strukturpolitik		477
§ 27 Wirtschaftsförderung durch Bund und Kantone		478
I.	Verfassungsrechtlicher Rahmen der Wirtschaftsförderung	478
II.	Bundesstaatliche Aspekte	479
1.	Förderungsbefugnisse des Bundes (Art. 103 BV)	479
2.	Förderungsbefugnisse der Kantone	481
III.	Wirtschaftsförderung im Wandel	482
§ 28 Infrastrukturpolitik		484
I.	Allgemeines	485
1.	Bedeutung der Infrastrukturpolitik	485
2.	Staatliches und privates Engagement	485
3.	Bundesstaatliche Aspekte	486
4.	Rolle des Rechts im Infrastrukturbereich	487
II.	Verkehr	488
1.	Überblick	488
2.	Strassenwesen	489
3.	Eisenbahnen und weitere Verkehrsträger	490
a.	Kompetenzverteilung	490
b.	Schienengebundener Verkehr	490
c.	Schifffahrt	492
d.	Luftfahrt und Raumfahrt	492
4.	Personenbeförderung	494
5.	Grundrecht auf freie Wahl des Verkehrsmittels?	495
III.	Energie	496
1.	Energie im Allgemeinen	496
2.	Elektrische Energie	498
3.	Atomenergie	499
IV.	Post- und Fernmeldewesen	500
1.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	500
2.	Liberalisierungsschritte im Post- und Fernmeldebereich	501
a.	Auftrennung der früheren PTT-Betriebe und Teilprivatisierung	502

b.	Schrittweise Liberalisierung des Fernmeldemarktes	503
c.	Schrittweise Liberalisierung des Postverkehrsmarktes	503
V.	Bildung und Forschung	505
1.	Bildungsverfassung im Überblick	505
2.	Grund- und Mittelschule	505
3.	Berufsbildung	505
4.	Hochschulwesen	506
a.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	506
b.	Hochschulgesetzgebung des Bundes	507
5.	Forschung und Innovation	508
a.	Rechtlicher Rahmen	508
b.	Forschungspolitik und Forschungszusammenarbeit	509
§ 29	Regionale Strukturpolitik	511
I.	Ausgangslage: staatspolitisch unerwünschte regionale Disparitäten	511
II.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	513
1.	Regionale Strukturpolitik (Art. 103 BV)	513
2.	Weitere Verfassungsgrundlagen der Regionalpolitik	514
3.	Regionalpolitik als Gegenstand des internationalen Rechts	516
III.	Instrumentarium der regionalen Strukturpolitik des Bundes	517
1.	Allgemeine Charakteristika der Gesetzgebung	517
2.	Neue Regionalpolitik (NRP)	518
a.	Konzept der Neuen Regionalpolitik	518
b.	Umsetzung	519
c.	Hinweise zur früheren Gesetzgebung	521
3.	Schweizerischer Tourismus	522
4.	Förderung der Beherbergungswirtschaft	523
5.	Förderung des Berggebiets	524
6.	Behebung von Unwetterschäden	525
§ 30	Sektorale Strukturpolitik	526
I.	Rechtliche Rahmenbedingungen	527
II.	Sektorale Strukturpolitik des Bundes	529
1.	Das gesetzliche Instrumentarium im Überblick	529
2.	Die frühere Industriepolitik im Bereich der Uhrenindustrie	530
3.	Förderung im Bereich des Tourismus	530
4.	Weitere Förderungsbereiche und -instrumente	532

III.	Insbesondere: Landwirtschaftspolitik	534
1.	Landwirtschaft und Landwirtschaftsrecht im Wandel	534
a.	Volkswirtschaftliche Bedeutung	534
b.	Gewandelte Rahmenbedingungen	535
c.	Meilensteine des agrarpolitischen Wandlungsprozesses	536
2.	Verfassungsgrundlagen der Landwirtschaftspolitik	538
a.	Der Landwirtschaftsartikel (Art. 104 BV)	538
b.	Weitere Verfassungsgrundlagen	540
3.	Ausführende Gesetzgebung (Überblick)	540
a.	Allgemeines	540
b.	Das Landwirtschaftsgesetz im Überblick	541
c.	Verordnungsrecht allgemeinen Charakters	542
d.	Flankierende Gesetzgebung	543
e.	Marktordnungen	544
4.	Ausgewählte Regelungsbereiche des Landwirtschaftsgesetzes	545
a.	Rahmenbedingungen für Produktion und Absatz	545
b.	Qualitäts- und Absatzförderung sowie Marktentlastung	546
c.	Preisbeobachtung	547
d.	Direktzahlungen als Mittel zur Entkoppelung der Preis- und der Einkommenspolitik	547
5.	Landwirtschaft und Aussenwirtschaft	551
a.	Paradigmawechsel aufgrund des WTO-Agrarabkommens	551
b.	Liberalisierung des Agrarhandels im europäischen Rahmen	552
c.	Instrumentarium der Einfuhrsteuerung	553
d.	Insbesondere Zollkontingente	554
e.	Exportförderung	556
6.	Staatliche Hilfe und Selbsthilfe	557
a.	Subsidiarität staatlicher Massnahmen	557
b.	Rechtliche Folgeprobleme	557
§ 31	Landesversorgung	559
I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	559
1.	Allgemeines	559
2.	Wirtschaftliche Landesverteidigung	560
3.	Sicherstellung der Landesversorgung bei schweren Mangellagen	560
II.	Instrumentarium auf Gesetzesstufe	561
1.	Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung	561
a.	Massnahmen der ständigen Bereitschaft	561
b.	Massnahmen bei zunehmender Bedrohung	563
2.	Massnahmen bei schweren Mangellagen	564
3.	Massnahmen im Rahmen internationaler Verpflichtungen zur Versorgungssicherung	564

4.	Vollzugsfragen	565
5.	Rechtsschutz	565
6.	Ausblick	566
10. Kapitel		
Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik		567
§ 32 Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik		568
I.	Gegenstand und Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik	568
II.	Rechtliche Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik	572
1.	Ziele und Grundsätze	572
2.	Verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Handlungsrahmen	574
a.	Überblick	574
b.	Aussenwirtschaftspolitik (Art. 101 BV)	575
c.	Zollartikel (Art. 133 BV)	576
d.	Der Abschnitt «Wirtschaft» der Bundesverfassung (Art. 94 ff. BV)	577
e.	Weitere Kompetenzbestimmungen	578
3.	Überblick über die ausführende Aussenwirtschaftsgesetzgebung	578
III.	Träger der Aussenwirtschaftspolitik	580
1.	Staatliche Instanzen	580
a.	Verhältnis von Bund und Kantonen	580
b.	Verhältnis von Bundesversammlung und Bundesrat	581
c.	Stimmberechtigte bzw. Volk und Stände	582
2.	Private Organisationen	583
3.	Internationale Organisationen	583
IV.	Formen	584
1.	Multilaterale Beziehungen	584
2.	Bilaterale Beziehungen	584
3.	Autonome Aussenwirtschaftspolitik	584
§ 33 Instrumente der Aussenwirtschaftspolitik		586
I.	Kategorien aussenwirtschaftlicher Massnahmen	586
II.	Zölle	587
III.	Einfuhrbeschränkungen	589
IV.	Ausfuhrbeschränkungen	591

V.	Exportförderung	593
1.	Handelsförderung	593
2.	Exportrisikoversicherung	594
VI.	Schutz von Investitionen im Ausland	596
1.	Völkerrechtlicher Investitionsschutz	596
2.	Frühere Investitionsrisikogarantie des Bundes	598
§ 34	Entwicklungspolitik	599
I.	Grundlagen	600
1.	Begriffliches	600
2.	Geschichte, Motivation, Interdependenzen	601
3.	Rechtliche Grundlagen	603
a.	Verfassung	603
b.	Gesetzgebung	603
c.	Internationales Recht	603
II.	Grundsätze und Formen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit	604
1.	Grundsätze und Ziele	604
2.	Instrumente	604
a.	Technische Zusammenarbeit	604
b.	Finanzielle Zusammenarbeit	605
c.	Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen	606
d.	Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	607
e.	Humanitäre Hilfe	607
3.	Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit	607
4.	Vorgehensformen	609
III.	Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	611
IV.	Entwicklungstendenzen	613
1.	Prinzip der «nachhaltigen Entwicklung»	613
2.	Prinzip der «guten Regierungsführung» («good governance»)	613
11. Kapitel		
	Aufsicht über ausgewählte Dienstleistungsbereiche	615
§ 35	Rahmen und Organisation der Finanzmarktaufsicht	616
I.	Aufsicht in Krisenzeiten	616
1.	Notwendigkeit staatlicher Aufsicht	617
2.	Grenzen staatlicher Aufsicht	618

II.	Grundzüge der schweizerischen Finanzmarktaufsicht	621
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	621
2.	Integrierte Finanzmarktaufsicht	622
a.	Entstehungsgeschichte	622
b.	Zielsetzungen und Geltungsbereich	622
c.	Organisation	623
d.	Aufsicht und Verfahren	624
e.	Ausblick	625
§ 36	Bankenaufsicht	626
I.	Grundlagen	627
II.	Die Bankengesetzgebung im Überblick	628
III.	Das Bankkundengeheimnis	632
1.	Rechtsgrundlagen und Schutz des Bankkundengeheimnisses	632
2.	Grenzen des Bankkundengeheimnisses	633
a.	Grenzen des Bankkundengeheimnisses im nationalen Verhältnis	633
b.	Grenzen des Bankkundengeheimnisses im internationalen Verhältnis	634
aa.	Grundlagen	634
bb.	Entwicklung des Bankkundengeheimnisses	636
IV.	Bankenaufsicht	639
1.	Das System der Bankenaufsicht	639
2.	Träger der Bankenaufsicht	640
a.	Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)	640
b.	Die zugelassenen Prüfgesellschaften	641
V.	Die Stellung der Kantonalbanken	641
VI.	Sorgfaltspflichten bei der Entgegennahme fremder Gelder	642
1.	Die Sorgfaltspflichtvereinbarung (VSB)	642
2.	Das Bewilligungserfordernis der «Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit»	644
3.	Straftatbestände der Geldwäscherei und Geldwäschereigesetz	644
VII.	Der Einlegerschutz	645
1.	Allgemeines	645
2.	Einlegerschutz in Vereinbarungen und im Bankengesetz	645

§ 37 Kapitalmarkt- und Börsenaufsicht	647
I. Kapitalmarktrecht	647
1. Begriff und Ziele des Kapitalmarktrechts	647
2. Entwicklungstendenzen des Kapitalmarktrechts	648
a. Internationale Angleichung	648
b. Kollisions- und Verfahrensrecht	649
c. Entwicklung neuer Finanzinstrumente	649
II. Die wichtigsten Erlasse des schweizerischen Kapitalmarkt- und Börsenrechts	649
1. Kollektivanlagen	649
2. Das Börsengesetz	651
a. Grundlagen	651
b. Bewilligungspflicht	652
c. Selbstregulierung	652
d. Offenlegung von Beteiligungen und Entschädigungen	653
e. Öffentliche Kaufangebote	653
3. Kapitalmarktdelikte	654
§ 38 Versicherungsaufsicht	655
I. Grundlagen und Übersicht	655
II. Ziele der Versicherungsaufsicht	657
III. Ausübung der Versicherungstätigkeit	659
IV. Aufsichtsbehörde	660
§ 39 Freie Berufe	661
I. Begriff des freien Berufs	662
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen zur Regelung der freien Berufe	663
1. Regelungsauftrag des Bundes	663
2. Spielraum für kantonale Regelungen	665
III. Selbstregulierung (Standesrecht)	667
IV. Internationales Recht	667
V. Gesetzliche Konkretisierungen (Hinweise)	668
1. Anwaltstätigkeit	668
2. Universitäre Medizinalberufe	669
3. Weitere Bereiche	669

12. Kapitel

Umgang mit risikobehafteten Gütern 671

§ 40 Das Wirtschaftsverwaltungsrecht im Dienst der Risikobewältigung 672

I. Gefahren und Risiken als Herausforderung für das Wirtschaftsverwaltungsrecht 673

- 1.** Von der klassischen Gefahrenabwehr zum staatlichen Umgang mit Risiken 673
- 2.** Rechtsbegriffe der Gefahr und des Risikos 674
- 3.** Eigenheiten des Gefahren- und Risikorechts 675
 - a. Doppelfunktion 675
 - b. Vorsorgeprinzip und erhöhte Flexibilitätsbedürfnisse 675
 - c. Veränderte Modalitäten staatlichen Handelns 676
 - d. Herstellung von Risikoakzeptanz durch Verfahren 677

II. Allgemeine Merkmale der schweizerischen Gesetzgebung über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Stoffe 678

- 1.** Wandel der Gesetzgebung 678
- 2.** Vertikaler Regelungsansatz 678
- 3.** Horizontale Regelungsansätze 679
 - a. Umweltschutzgesetzgebung 679
 - b. Ausgestaltung und Handhabung technischer Vorschriften sowie Produktesicherheit 680
 - c. Haftpflichtrecht 682
- 4.** Wirtschaftsrechtliche Instrumente im Umgang mit Gefahren und Risiken 682

§ 41 Gefahrenvorsorge in ausgewählten Bereichen 685

I. Lebensmittel 685

II. Heilmittel 687

III. Stoffe und Organismen 689

IV. Produktesicherheit 691

Sachregister 693

Sachregister

Die kursiven Zahlen bezeichnen das Kapitel, die übrigen verweisen auf die Randziffern.

A

- Aarhus-Konvention 40 18
- Abfälle 40 23 f.
- Abgaben, öffentliche, vgl. auch Steuern
2 29; 5 38; 13 42 ff.; 9 7; 16 96
- Grundsätze der Abgabenerhebung
6 42 ff., 84 ff.; 13 42 ff.
 - mit hybridem Charakter 16 77
 - Kompetenzordnung 7 13 f.
 - Legalitätsprinzip 6 84; 13 44 f.; 16 79
 - Lenkungsabgaben 7 15; 13 61; 14 8;
16 70 ff.; 28 46, 52
 - Verbot prohibitiver Abgaben 5 17
- Abgeltungen, vgl. Subventionen
- Ablaufpolitik, vgl. Prozesspolitik
- Absinthverbot 3 45, 84
- Abwehrrechte, vgl. Grundrechte
- Acquis communautaire 10 42
- Agrarrecht, vgl. Landwirtschaft
- Aktiengesellschaft, vgl. Unternehmen,
öffentliche
- Aktienmarkt, vgl. Kapitalmarktrecht
- Alkohol 5 125, 129; 22 23; 23 41; 33 23
- Alkoholordnung 3 45
- Alkoholverwaltung, eidgenössische
18 24; 19 85
- Allgemeine Erklärung der Menschen-
rechte 1948 11 61
- Allgemeine Geschäftsbedingungen 23 29
- Allgemeinverbindlicherklärung 3 61;
16 80 85
- Gesamtarbeitsverträge 12 9, 14, 18,
26, 34 ff.; 16 85
 - Rahmenmietverträge 16 85
- Alpenkonvention 29 18 f.
- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
vgl. Sozialversicherungen
- Amsterdam, Vertrag von 10 28
- Amtszwang, vgl. auch Wirtschaftsfreiheit
5 33
- Ancien Régime 3 3 ff.
- Realfaktoren, prägende 3 4
- Anlage von Finanzvermögen, vgl.
Finanzanlage
- Anlagefonds 36 49; 37 8 f.
- Anlegerschutz 37 4
- Anleihen des Bundes 13 27
- Annexen 19 68
- Anstalten, öffentlichrechtliche, vgl. Un-
ternehmen, öffentliche
- Antizyklische Finanzpolitik 26 22 ff.
- Anwaltsrecht 39 10, 14, 17, 31 ff.
- Anwaltsgesetz (BGFA) 39 10, 14, 17,
31 ff.
 - Anwaltsmonopol 5 123
 - Anwaltsregister 39 31 ff., 38
 - Disziplinarrecht 5 129; 39 31
 - Patentanwaltsgesetz (PAG) 39 37
 - Standesregeln 39 25 ff.
 - Unternehmensjuristengesetz (UJG)
39 38
 - Zulassung 5 129 f.; 7 78; 39 14, 17, 33
- Apotheken 5 28, 125, 140; 17 31, 33, 37
- Arbeitgeberverband, schweizerischer
12 29; 15 23
- Arbeitnehmerschutz 3 39, 100; 7 27;
12 56, 68
- Arbeitsbeschaffung 26 26 ff.
- Arbeitsbeschaffungsreserven 25 31;
26 43 ff.
- Arbeitsfrieden 6 72; 12 9, 49
- Arbeitskampffreiheiten, vgl. auch Streik-
recht, Aussperrung und Vereini-
gungsfreiheit 6 66 ff., 104; 12 9, 53 f.

Arbeitslosenversicherung, vgl. Sozialversicherungen
Arbeitslosigkeit 12 57; 25 6 ff.
Arbeitsmarkt 5 67; 7 12; 12 16, 26, 71
Arbeitsmarktfreiheiten, vgl. auch Handels- und Gewerbefreiheit 12 9
Arbeitsrecht 12 57
Arbeitsschutzrecht 12 10, 25, 58, 70; 19 19
Arbeitsteilung 1 12, 34; 15 17; 32 5
Arbeitsverfassung 4 28; 12 1 ff.
Arbeitsvertragsrecht 6 75; 12 66 f.
Armutquote 11 8 ff.
Arztrecht 39 10, 25, 34 f.
– Medizinalberufegesetz (MedBG) 39 10, 25, 34 f.
– Selbstdispensation 5 127, 129
– Zulassung 39 35
– Wirtschaftsfreiheit 5 54, 63
Atomenergie 3 71; 28 63 ff.
Atomgesetz (AtG) 28 64 f.
Aufenthaltsbewilligung 5 67
Aufklärung 3 10 ff.
Aufträge, öffentliche, vgl. Beschaffungswesen
Ausbildungslenkung 5 34 f.
Ausfuhrbeschränkungen 33 27 ff.
Ausgabenbremse 3 75
Ausländer
– Arbeitskräfte 12 79
– Aufenthalt und Niederlassung 3 47; 6 54; 12 16
Auslegung der Verfassung, 4 55 ff.; 20 28
Auslegung des Völkerrechts 2 28
Ausnahmebewilligungen, vgl. Bewilligungen
Ausschreibung, öffentliche 19 27
Aussenhandel, vgl. Handel
Aussenwirtschaftliche Massnahmen (Bundesgesetz) 32 35, 39; 33 31
Aussenwirtschaftliches Gleichgewicht 25 14
Aussenwirtschaftsartikel 32 21

Aussenwirtschaftspolitik 1 32; 3 86, 95 ff.; 4 21, 101; 7 12, 16, 29; 8 6; 13 85; 25 36 f.; 32 1 ff.
– als Instrument der Konjunkturpolitik 26 49; 32 32
– Europäische 10 30
– Instrumente 33 1 ff.
– Träger 32 45 ff.
– und Landwirtschaft 30 64, 98 ff.
– Ziele 32 5, 12 ff.
Aussenwirtschaftsrecht 4 21; 6 108; 13 77
– Gesetzesrecht 32 35 ff.
– Verfassung 32 16 ff.
– Völkerrecht 32 16 f.
Aussperrung 6 66 ff.; 12 9, 28, 41 ff.
Auswanderungsagenturen 3 38
Autonomer Nachvollzug 8 4

B

Bahnreform 28 30 f.
Bankenartikel der BV 35 19 ff.
Bankengesetz (BankG) 3 49; 9 63; 35 20; 36 4 ff.; 38 26
Bankenkommission, eidgenössische 35 35 f.; 36 12, 48 ff.
Bankenrecht 35 1 ff.; 36 1 ff.
– Aufsicht 36 1 ff., 46 ff.
– Auskunftspflicht 36 25 ff.
– Bankbewilligung 36 9 ff., 65 ff.
– Bankkundengeheimnis 36 22 ff.
– Einlegerschutz 36 73 ff.
– Geldwäscherei 36 67 ff..
– Geschäftsführung, Gewähr für einwandfreie 36 10 ff., 65 ff.; 38 26
– Mindestkapital 36 10
– Sorgfaltspflichtvereinbarung (VSB) 16 87; 36 60 ff.
Bankgeschäfte 35 2 ff., 22; 36 1
Bankiervereinigung, schweizerische (SBVg) 15 23; 36 38, 60 ff., 74; 37
Bankkundendaten, Herausgabe an die USA, vgl. auch UBS 35 15; 36 40, 54
Banknoten 3 39 f., 48 f.; 24 13 ff.
Banknotenmonopol 24 13 ff.

- Bauernverband, schweizerischer (SBV) 3 78; 15 23
- Baumarkt 3 67
- Beamte
- Schutz durch die Wirtschaftsfreiheit 5 50, 70
 - Dienstverhältnis 12 4 ff.
- Bedarfsverwaltung, vgl. Verwaltung
- Bedürfnisklausel 3 16, 5 34, 126; 7 37; 16 2, 28, 96; 17 35
- gesundheitspolitische 30 9
 - polizeiliche 30 9
 - wirtschaftspolitische 5 126; 16 96; 30 15
- Bedürfnislenkung, staatliche 4 60
- Beherbergungswirtschaft 29 48 ff.; 30 21 ff.
- Hotel- und Kurortkredit 18 25; 29 48 f.; 30 21 f.
- Behördenkonvergenz 35 23, 28
- Behördenvorlagen 3 106
- Beiträge, vgl. Subventionen
- Belästigung, sexuelle 12 60
- Berggebiet, Förderung 29 51 ff.
- Bereichsverfassung 4 28 f.; 11 1 ff.; 12 7; 13 10 ff.; 14 5 ff.
- Bergregal 5 49; 16 30
- Berufe, freie 5 19, 28; 39 1 ff.
- Begriff 39 1 ff.
 - Freizügigkeit 3 39; 5 19; 7 42; 39 2, 7 ff., 13, 20 f.
- Berufsausübungsbewilligung, vgl. Bewilligung
- Berufsausübungsvorschriften 5 129; 7 7; 16 14; 39 7 ff.
- Berufsbilder, traditionelle 5 16
- Berufsbildung 28 93 ff.
- Berufsausübungs- sowie Berufswahlfreiheit, vgl. Wirtschaftsfreiheit; Schutzbereich
- Beschaffungswesen, öffentliches 4 100; 5 19, 26; 7 23, 70, 74; 12 8; 19 1 ff.
- Abkommen mit der EU 8 59; 19 56, 60, 76 ff., 99
 - Begriff 18 16; 19 5
 - Bundesgesetz (BöB) 9 63; 12 65; 19 57, 61 f., 67, 78 ff.
 - Einhaltung lokaler Arbeitsbedingungen 12 8; 19 83
 - Inhalt 19 12
 - Konkordat (IVöB) 19 59, 61 f., 98 ff.
 - Öffentliches Interesse 19 13, 15
 - Revision 19 112 ff.
 - Verfahren 19 11, 15, 24 ff., 38 ff., 69 ff., 83, 86, 105
 - Verhandlungsrunden 19 43 ff., 86
 - WTO-Abkommen 9 38; 19 57, 60, 63 ff.
 - GATT Government Procurement Agreement (GPA) 19 64 ff.
 - Zuschlag 5 54; 19 10, 29, 41 f., 73, 87, 106
- Beschäftigungspolitik, vgl. auch Konjunkturpolitik 10 28; 26 26 ff., 43 ff.
- Beschäftigungsprogramm, vgl. Investitionsprogramme
- Beschränkungsverbot 10 16
- Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, vgl. auch Verfassungsbeschwerde 6 28; 7 73 ff.; 17 3, 6; 22 15
- Bestandesgarantie, vgl. Eigentumsgarantie
- Betäubungsmittel (Bundesgesetz, BetmG) 16 13; 33 16, 21; 41 15
- Bettelei 5 30; 11 16
- Bewilligungen 16 17 ff., 94, 97; 17 30 f.; 28 41 f.; 33 20; 37 11, 19 f.
- Anspruch auf Bewilligung 16 23
 - Ausnahmbewilligung 16 18 f.
 - Berufsausübungsbewilligung, vgl. auch Fähigkeitsausweis 4 97; 5 51, 103; 7 69; 16 21 f.; 17 36; 39 24, 32
 - gesteigerter Gemeinverbrauch 5 62
 - personenbezogene 16 21
 - Polizeibewilligung 5 54; 16 17, 20 ff.; 38 5, 17; 40 37 f.

– Sachbewilligung 16 21
– wirtschaftspolitische 16 23, 96
Bilaterale Verhandlungen, vgl. Europäische Union
Bildungswesen 28 10, 90 ff.
Binnenmarkt, vgl. auch Wirtschaftsraum
3 86; 4 66, 78, 100; 5 20, 74; 7 40 ff.;
8 47, 60; 10 21, 42 f.; 18 59; 19 55;
39 11
Binnenmarktartikel 7 40 ff.; 32 14
– Handlungsauftrag, Gesetzgebungs-
auftrag 7 43, 45
– Regelungskohärenz 7 45
Binnenmarktgesetz (BGBM) 3 111;
4 100; 5 20; 7 23, 53 ff.; 17 11; 19 20,
34, 54, 58, 93 ff., 103; 20 35; 39 22
– Teilrevision 7 81 ff.; 16 38
Binnenschifffahrt, vgl. Schifffahrt
Binnenzölle 3 6, 17
Biotechnologie 9 22
Bodenrecht, bäuerliches, vgl. Landwirtschaft
Börsengesetz (BEHG) 35 22; 37 2, 8 ff.,
14 ff.
Börsenwesen 37 8 ff.
Bonny-Beschluss 29 38 ff.
Branchenvereinbarungen 16 86
Bretton Woods, Institutionen 3 96, 114;
8 12 ff., 51; 13 77 ff.; 32 65; 34 12 f.,
32, 40
– Währungsfonds (IWF) 8 13, 17 f.;
13 77 ff.; 24 19; 26 21
– Weltbank 8 13, 19 f.; 13 77 ff.; 34 20
Brotgetreideordnung 30 41; 31 16
Bruttoinlandprodukt (BIP) 25 1 f.
Bruttosozialprodukt 25 23; 34 31
Budget, vgl. Globalbudget; Konjunktur-
politik; Voranschlag
Bundesanleihen, vgl. Anleihen
Bundesbeschluss, dringlicher, vgl. auch
Dringlichkeitsrecht 3 52 ff., 66 ff.;
7 33 f.; 13 27; 15 12; 16 4; 25 22;
28 96
Bundesgerichtsgesetz (BGG) 17 3

Bundespersonalgesetz (BPG) 12 6
Bundesrat 4 44; 15 5, 12, 38; 32 50 ff.
Bundesrechtspflegegesetz (OG) 17 8
Bundesverfassung (1848) 3 26 ff., 114
Bundesverfassung (1874) 3 36 ff., 114;
4 15, 30 ff.; 5 112; 12 25; 13 3; 15 64;
24 14; 32 16; 35 20; 38 5; 39 2
Bundesverfassung (1999) 3 92 ff.; 4 46 ff.;
5 2; 14 13 ff.; 18 87; 25 26; 32 16
Bundesversammlung 4 44; 15 11;
32 50 ff.
Bundesvertrag 3 21 f., 114
Bundesverwaltungsgericht 17 5 f., 12;
22 2; 35 15
Bürgschaften 16 56 f.; 29 53 f.
Butterversorgung 30 68, 102
BUTYRA 18 49; 30 68

C

Cassis-de-Dijon-Prinzip 3 111; 5 20;
7 60 f., 63; 6 115; 8 6, 37; 9 65; 10 14 f.,
42; 19 95; 32 36; 40 28
Chemikaliengesetz, Vorentwurf 40 14, 20
Civil rights 6 99; 15 71
Codes of conduct 8 35

D

Dassonville-Formel 10 12 f.
Delegation
– an den Bundesrat 17 18 f.; 30 55
– Delegation öffentlichrechtlicher Auf-
gaben an Private 15 55 ff., 65; 16 85
Deregulierung, vgl. auch Privatisierung
1 22; 3 108 ff.; 15 44, 20 2, 54 ff.
Derivate, vgl. Finanzinstrumente
Devisengeschäfte 26 8, 11; 36 3; 37 15
Devisenreserven 24 26
Dienstleistungsfreiheit 7 42; 8 46; 38 7
Dienstleistungssektor 5 28; 7 51; 8 43 ff.;
9 51 ff.; 13 76; 28 7; 32 48; 33 1; 38 7
Dienstverhältnis, öffentlichrechtliches,
vgl. Beamte
Direktdemokratische Institutionen
3 105 ff.

- Direkte Konkurrenten, vgl. Gleichbehandlung der direkten Konkurrenten
- Direktorenkonferenz 15 31
- Direktzahlungen 16 96; 30 83 ff.
- Ökologische 30 89 ff.
- Diskriminierungsverbot, vgl. Nicht-Diskriminierung
- Domizilerfordernis, vgl. Wohnsitzerfordernis
- Doppelbesteuerung
- Abkommen 8 30, 70; 13 88 ff.; 36 36, 40 ff.
 - Verbot 6 89; 13 44, 56 ff.
- Dreiphasensystem 30 99, 121
- Drei-Säulen-Prinzip 3 74; 11 27, 50
- Dringlichkeitsrecht, vgl. auch Bundesbeschluss 3 52 ff., 66 ff.; 7 33; 15 10, 12, 42; 16 4; 25 23 f.
- Dual use-Güter 32 37; 33 29
- E**
- EBK, vgl. Bankenkommission, eidgenössische
- Economical Question-Doktrin 10 34
- Economiesuisse 15 23
- ECOSOC 8 23
- Effekten 36 76; 37 1, 14, 16,
- Effektenhandel, gewerbsmässiger 37 20
- EFTA 3 96, 102; 6 107; 8 42, 56; 10 35 ff.; 12 74; 20 41 ff.
- EG, vgl. Europäische Union
- Ehehafte Rechte, vgl. wohlervorbene Rechte
- Eidgenössische Bankenkommission, vgl. Bankenkommission, eidgenössische
- Eidgenössische Departemente
- EDA 13 78; 15 12
 - EFD 13 61; 15 12
 - EVD 15 12; 19 67; 28 113
- Eigentumsgarantie 1 18; 2 11; 3 10 ff., 24, 70; 4 4; 6 1 ff.; 8 33, 68; 16 23; 18 59
- Adressat 6 4
 - Eingriffe und Einschränkungen, vgl. Enteignung
 - Funktionen 6 3, 34
 - Schutzbereich 6 5 ff.
 - Bestandesgarantie 6 11 ff., 34
 - Institutsgarantie 4 70; 6 17, 26 ff., 34
 - Kernbereich 6 17, 26
 - Wertgarantie, vgl. auch Enteignung 6 19 ff., 34
 - Träger 6 9
 - Verfassungsgrundlage 3 70
- Eigenwirtschaftliche Betätigung des Gemeinwesens 18 10 ff.
- Einfuhrbeschränkungen 7 61; 16 27; 30 121; 32 4; 33 14 ff.
- Einfuhrverbot 33 15 f.
 - Mengenkottingentierung 33 17
- Einfuhrmonopol 33 22 f.
- Einfuhrregelung 32 5, 39
- Eingriffsmotiv, vgl. auch Massnahmen 5 92 ff.
- Eingriffsverwaltung, vgl. Verwaltung
- Einheit der Materie 3 64; 18 62
- Einheitliche Europäische Akte 10 21
- Einkommenssteuern 3 67; 13 66
- Eisenbahn, vgl. auch SBB 3 24, 39, 48; 16 37; 28 26 ff.; 29 16
- Eisenbahngesetz (EBG) 28 29
- EJPD, vgl. Modellstudie
- Elektrische Energie 28 57 ff.
- Elektrizitätskommission (ElCom) 22 25 f.
- Embargogesetz (EmbG) 32 23, 43; 33 29
- Embargomassnahmen 32 69; 33 29
- Emergency Lending 8 18
- Emissionen (Kapitalmarkt) 37 1
- Emissionskontrolle 26 15
- Emissionen (Umwelt) 14 30, 33
- Empfehlungen (Kartellrecht) 21 70, 81
- EMRK, vgl. Europäische Menschenrechtskonvention
- Energieartikel der BV 28 49 ff.
- Energiegesetz 28 51

- Energienutzungsbeschluss (ENB) 28 50
Energiewesen 3 71; 5 126; 14 3, 7; 28 6, 49 ff.
Enteignung 6 4, 14 ff.
– formelle 6 14, 19
– materielle 6 19 ff., 36
Entmonopolisierung 3 108; 21 12
Entsendegesetz (EntsG) 12 76
Entwicklung, Recht auf 8 25
Entwicklungshilfe, vgl. Entwicklungszusammenarbeit
Entwicklungsländer 8 18, 29; 9 4, 17 f., 65; 34 2 ff., 23
Entwicklungspolitik 34 1 ff.
Entwicklungszusammenarbeit (EZA) 8 29; 34 4 ff.
– Entschuldungsmassnahmen 34 20 f.
– Finanzbeiträge 34 17 ff.
– Instrumente 34 16 ff.
– Multilaterale 8 19; 34 13, 16 f., 38 ff., 49
– OECD-Entwicklungshilfeausschuss 34 5, 41
– Rahmenkredite 34 11, 31 ff.
– Träger 34 29 ff.
– Ziele 34 14 ff.
Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZG) 34 6, 11, 15
Epidemiengesetz (EpG) 31 31; 40 33 f.
Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt, vgl. Verbote
Ermessen 17 12 ff.
Erneuerungsgebiete, wirtschaftliche 29 5 ff., 40 ff.
Erwerbssersatzordnung, vgl. Sozialversicherungen
Erwerbstätigkeit, privatwirtschaftliche, vgl. auch Wirtschaftsfreiheit 4 4, 19; 5 1, 24, 29 ff., 50, 77; 7 7, 11; 10 9; 12 4; 20 20; 39 9
EU, vgl. Europäische Union
EUROLEX, vgl. auch SWISSLEX 3 99
Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), vgl. Europäische Union
Europäische Gemeinschaften, vgl. Europäische Union
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), vgl. Europäische Union
Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 4 6, 103; 6 93 ff.; 8 33, 68; 11 66; 15 71 f.
Europäische Union (EU) 2 27 f.; 3 98; 8 9, 57; 10 1; 11 67; 13 88 f.; 15 2; 32 10 f.
– Begriffe 10 1
– Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) 10 1
– Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) 10 1
– Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 10 1, 3 ff.
– Römer Verträge 10 1
– Beitrittsverhandlungen mit der Schweiz 8 64 f.
– Bilaterale Verhandlungen/Abkommen mit der Schweiz 3 101 f.; 8 58 ff.; 19 76 f.
– Bilaterale I 3 96, 101; 8 58 f.; 12 75
– Guillotine-Klausel 8 60
– Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) 3 102; 6 113; 5 67; 8 59 f., 63; 11 22, 69; 12 75, 80; 39 28
– Bilaterale II 3 96, 102; 8 61 f.; 12 75; 36 39
– Schengen/Dublin 3 102; 8 61 f.
– Binnenmarktziel 7 61; 8 47; 10 21; 19 55
– Charta der Grundrechte, vgl. auch Grundrechte 10 28 f., 34
– Energieversorgung 31 30
– Forschungsprojekte 28 114 f.
– Freihandelsabkommen mit der Schweiz 3 96, 98; 6 107; 8 57; 10 38 ff.; 20 45 ff.
– Gemeinsamer Markt 10 3
– Kohäsionsmilliarde 3 102; 34 47

- Marktfreiheiten 7 49, 60, 80; 10 3 ff., 42
 - Freier Dienstleistungsverkehr 8 46; 10 10
 - Freier Kapital- und Zahlungsverkehr 8 47 f.; 10 11
 - Freier Warenverkehr 7 61; 10 5 ff., 12
 - Freizügigkeit der Arbeitnehmer 10 8; 6 113; 11 68; 12 73, 75
 - Niederlassungsfreiheit 8 47 f.; 10 9; 38 7
 - Transitabkommen mit der Schweiz 8 58
 - Versicherungsabkommen mit der Schweiz 3 98; 8 58; 38 6 f.
 - Wettbewerbsrecht 10 18, 34; 20 39 f., 44, 52 ff.
 - Auswirkungsprinzip 8 37; 20 39 f., 56
 - Fusionskontrolle 20 56
 - Wirtschafts- und Währungsunion 10 22 ff.; 23 6
 - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, vgl. Europäische Union
 - Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 3 98 f., 114; 8 58, 64, 69; 10 42 ff.; 19 56; 20 39; 36 5
 - Europarat 8 68; 11 65; 12 70
 - Evaluationsklauseln 15 25
 - EWR-Abkommen, vgl. Europäischer Wirtschaftsraum
 - Existenzminimum 11 17, 29, 51
 - Expertenkommissionen 15 34; 35 24 f.
 - Exportförderung 30 123 ff.; 33 33
 - Exportförderungsgesetz 32 35; 33 34
 - Exportrisikogarantie 16 95; 30 35; 33 38 f.
 - Exportrisikoversicherung, Bundesgesetz (SERVG) 13 87; 32 35; 33 37 ff.
- F**
- Fabrikarbeit 3 23, 39
 - Fabrikgesetz 11 30; 12 25
 - Fachhochschulgesetz (FHSG) 28 100
 - Fähigkeitsausweis
 - Anerkennung ausserkantonaler 7 69; 39 17, 20
 - eidgenössischer 39 17
 - polizeilicher 39 8
 - wirtschaftspolitischer 5 126
 - Failed States 34 2
 - Familienzulagen, vgl. Sozialversicherungen
 - Fernmeldegesetz (FMG) 3 111; 28 69, 80 ff.; 41 26
 - Fernmeldewesen 18 77; 28 6, 69 ff.
 - Fernsehen, vgl. SRG
 - Feudallast 3 7, 17
 - Filmartikel 7 30
 - Filmwesen, vgl. Kinogewerbe
 - Finanzanlage 18 14 f.; 19 15
 - Finanzen, öffentliche 3 73, 75; 13 19 ff., 33 ff.; 15 11, 27; 19 26; 25 30
 - Finanzhaushaltsgesetz (FHG) 13 22 f., 28; 18 66 f.; 19 15
 - Finanzhilfen, vgl. Subventionen
 - Finanzinstrumente 37 7, 13
 - Finanzkontrolle, eidgenössische (EFK) 13 32
 - Finanzkontrollgesetz (FKG) 13 32
 - Finanzkrise, vgl. auch UBS 1 22; 3 113 f.; 8 18; 13 27; 15 5; 18 6; 24 11; 25 3; 26 49, 56; 34 23; 35 6 f., 37
 - Finanzordnung 13 2, 4 ff.
 - Finanzplan 13 29
 - Finanzpolitik 3 75; 13 1, 3, 10; 15 11, 15
 - als Mittel der Konjunkturpolitik 26 22 ff.
 - Stabilisierungsmassnahmen 26 37 ff.
 - Finanzausgleich (Ressourcen- und Lastenausgleich) 13 2 f., 9, 68 ff.; 18 60; 29 3 f., 8, 13
 - Bundesgesetz (FiLaG) 13 73
 - Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) 13 71
 - Finanzreferendum 13 17, 40 ff.; 19 26

Finanzverfassung 4 28; 12 11; 13 1 ff.;
14 8; 25 38 f.
Finanzmarktaufsicht 35 1 ff.
– FINMA 15 6; 22 27; 35 29 ff.; 36 14,
46 ff.; 38 22 ff.
– FINMAG 35 26 ff.; 36 46 ff.; 38 8 f.
– Integrierte Finanzmarktaufsicht
35 23 ff.
– Verfassungsrechtliche Grundlagen
35 19 ff.
Finanzmärkte, Funktionsfähigkeit der
35 8, 11; 38 8
Fischerei 14 17
Fiskalmonopol, vgl. Monopole
Floating, vgl. Wechselkurse
Föderalismus 7 58
Förderungsmassnahmen, vgl. Wirt-
schaftsförderung
Formelle Enteignung, vgl. Enteignung
Forschungsförderung (Bundesgesetz)
26 34; 28 109 ff.; 30 26; 34 16
Forschungsgesetz (FG) 28 109
Forschungspolitik 28 103 ff.
Forstwesen 14 10
Freihandel 3 28 f.; 4 13; 9 1, 8, 14 ff.;
32 14
– Europäischer 10 35 ff.
Freihandelsabkommen
– EFTA 6 107, 110; 10 35 ff.; 20 41 ff.
– der Schweiz mit der EG 3 96, 98;
6 107; 8 57; 10 38 ff.; 20 45 ff.
– weitere 10 45 ff.
Freihandelszonen 8 42; 9 4, 14 ff., 37;
10 36, 47
Freiheitsrechte, vgl. Grundrechte
Freizügigkeit, vgl. Europäische Union;
Bilaterale I 4 77; 8 47; 10 3 f., 8; 12 7,
19, 75 ff.; 39 2, 7 ff., 13, 20 f., 28
Friedenspflicht, vgl. auch Streik und
Aussperrung 12 49
Funktionsschutz 35 27; 36 66; 37 4, 29
Fusionskontrolle
– in der Schweiz 21 63 ff.
– in der EU 20 56

G

Gastwirtschaftsgewerbe 3 17, 45, 63;
4 24; 5 127; 7 18, 37, 51; 16 22, 28;
30 9
GATS, vgl. WTO
GATT, vgl. WTO
Gebäudeversicherung 4 25; 5 125; 7 27;
16 36; 18 7, 80
Gefahrenabwehr, vgl. Polizeirecht
Geflügel 4 19; 30 67, 77
Gegenvorschlag, behördlicher 3 106
Geld 7 11; 13 10, 76; 24 1 ff.
– Bargeld 24 7 ff.
– Buchgeld 24 7 ff.
– Geldmenge 24 8 ff.; 26 3
Geld- und Währungsordnung 24 1 ff.
Geld- und Währungspolitik 10 23; 13 10,
76; 15 5; 24 27 ff., 36 f.; 32 33
– Instrumente 26 6 ff.
– Ziele 26 1 ff.
Geldwäschereigesetz (GwG) 35 26; 36 6,
69 ff.
Geldwertstabilität 24 36
Gemeindeautonomie 5 78
Gemeinwesen 5 11, 73, 150; 19 15
Gemeinwohl 4 104, 10 34; 20 2
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen,
vgl. auch Unternehmen 5 76; 15 6;
18 27 f.
Generalkompetenz 7 8, 17
Genossenschaft, vgl. Unternehmen,
öffentliche
Gentechnik (Bundesgesetz, GTG) 40 8,
24; 41 5, 19, 22
Gentlemen's Agreement 16 87; 26 19
Gesamtarbeitsvertrag 12 9, 18, 26, 34 ff.;
19 20
Gesamtwirtschaftspolitik, vgl. Prozess-
politik
Geschäftsdomizil 5 36, 7 42
Gesellschaftsrecht 5 6; 18 91 f.
Gesetzesreferendum, vgl. Referendum
Gesetzesvorbehalt 2 23; 13 45;
15 9, 64

- Gesetzgebungskompetenz, vgl. Kompetenzen
- Gesetzmassigkeitsprinzip, vgl. Legalitätsprinzip
- Gesundheitswesen, vgl. auch Medizinalpersonen 5 118, 125, 130, 138; 7 18, 78; 22 22 f.; 39 38 ff.
- Getreideordnung 3 45; 30 41 f.
- Gewaltenteilung 15 4
- Gewässerschutz 14 11, 17, 22
- Gewässerschutzgesetz (GSchG) 14 22 f.
- Gewerbe der Reisenden (Bundesgesetz) 23 35
- Gewerbenosse, vgl. Konkurrent
- Gewerbeverband, schweizerischer (SGV) 15 23
- Gewerkschaften 6 64 f.; 12 29
- Gewerkschaftsbund, schweizerischer (SGB) 15 23
- Gläubigerschutz 35 27 f.; 37 7; 38 8
- Gleichbehandlung der direkten Konkurrenten, vgl. auch Wettbewerbsneutralität 4 14, 43, 51, 64; 5 10 f, 17, 39 ff., 91 ff., 134 ff.; 6 83; 7 43; 10 18; 16 41; 18 108; 19 31, 35; 27 4, 12
- Beschwerdebefugnis des Konkurrenten 17 27 ff.
 - direktes Konkurrenzverhältnis 5 39, 138.; 18 108
- Gleichbehandlung der Kantone 29 17
- Gleichstellung von Mann und Frau 12 14, 60 ff., 74; 19 34
- Gleichstellungsgesetz (GIG) 12 24, 27, 61
- Globalbudget 18 85; 19 26
- Globalisierung 1 31; 2 14; 3 108; 8 39; 13 76; 15 2; 27 21
- Gold 9 20; 24 17 ff.
- Einlöschungspflicht 24 18
 - Goldkernwährung 24 17
 - Goldparität 24 18, 20
 - Goldumlaufwährung 24 17, 19
- Good Governance 34 53 ff.
- Gotthardvertrag 28 26
- Grandfather Clause (WTO) 9 36
- Grund und Boden, öffentlicher
- Bedingter Anspruch auf gesteigerten Gemeingebrauch 5 10, 14, 26, 62,
 - Zuteilung von Benutzungsrechten 5 146; 16 34
- Grundbedürfnisse 34 1
- Grundrechte
- Dimensionen 4 10 ff.; 5 3 ff.; 19 30 ff., 40
 - objektive 4 10; 5 5 ff.
 - subjektive 4 10, 37; 5 4
 - Drittwirkung 4 12; 5 26, 79; 6 9, 62, 71; 12 22, 27, 66
 - Einschränkungen 4 11, 73 ff.; 5 80 ff., 98 f., 122
 - gesetzliche Grundlage 5 100 ff.
 - Kerngehalt 5 131 ff.
 - öffentliches Interesse 4 14; 5 43, 62, 81, 95, 106 ff.; 6 16
 - Verhältnismässigkeit 5 128 ff.; 6 16
 - Funktionen 2 2; 4 10 ff.; 5 12 ff.
 - Grundlagen 2 2, 17; 3 12 f.; 8 33
 - Grundrechtskonkurrenz 4 7 f., 5 30
 - in der Arbeitsverfassung 12 19 ff.
 - in der Europäischen Wirtschaftsverfassung 10 20, 29, 32, 34
 - Rechtsweg 4 12; 5 51, 64 f. 143; 17 6 ff.
 - Soziale 11 15 ff.,
 - Universalität 34 54
 - Zugang, rechtsgleicher 28 13, 29 ff.
- Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, vgl. Wirtschaftsfreiheit
- Grundsätze des Verwaltungsrechts 15 60 f.
- Grundsatz der Wettbewerbsneutralität, vgl. Wettbewerbsneutralität sowie Wirtschaftsfreiheit
- Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, vgl. Wirtschaftsfreiheit
- Grundsatzkonforme/-widrige Massnahmen, vgl. Massnahmen
- Grundsatznorm 5 5; 6 30

Grundschulunterricht 11 15
Grundversorgung 28 1, 4, 8
Gruppenvereinbarung, vgl. Koordinationsmechanismen
Güterkontrollgesetz (GKG) 32 37;
33 28 f.

H

Haftpflichtrecht, privates 16 87; 40 30
Handel 3 24; 8 38 ff.
– interkantonaler 3 114; 4 77, 100; 5 18 f.; 7 42, 46 ff.; 20 31, 35
– internationaler 3 39; 4 13, 101; 8 28, 38, 41 ff.; 9 34; 13 77, 84; 19 55; 32 2, 6 ff.; 33 3; 34 8, 22 ff.
Handelsförderung 33 3, 34 ff.; 34 26
Handels- und Gewerbefreiheit, vgl. auch Wirtschaftsfreiheit 3 18 f., 24, 36 ff.; 4 37; 5 1 ff., 22, 91, 111; 12 25; 17 8; 18 79; 20 12 f.
Handelshemmnisse 1 19; 7 49, 51; 8 16, 38, 41; 9 8, 18 f.
– Technische (Bundesgesetz, THG) 8 38; 9 42; 20 31, 34; 32 8, 36; 33 1; 40 26 ff.
Handelsrecht 7 11
HarmoS-Konkordat 28 91
Haushaltspolitik, vgl. Finanzhaushalt
Haushaltssanierung 13 20, 33 ff.
Hausiergewerbe 3 17
Hausinstallationen 5 130; 18 78
Heilmittel 5 127, 129, 140; 7 78; 22 22; 40 13; 41 9 ff.
Heilmittelgesetz (HMG) 40 13, 37; 41 9 ff.
Heimatprinzip (öffentl. Fürsorge) 11 30
Helvetik 3 2, 14 ff.
– Helvetische Verfassung (1798) 3 14 ff.
– Helvetische Verfassung (1802), vgl. auch Mediationsakte 3 18
Herkunftsortsprinzip 7 60 ff.
Hilfswerke 34 29 ff.
Hochschulförderung 28 100

Hochschulwesen 12 7; 28 97 ff.
– Anspruch auf Hochschulzugang 6 81; 28 98 f.
– Hochschulartikel 28 102
Human Development Index 34 2
Humanitäre Hilfe 34 6 f., 28, 32

I

ILO 8 12, 51; 11 22, 64; 12 68, 72
Immaterialgüterrecht 6 7; 7 11; 8 43; 9 58 f.; 18 21
Impulsprogramm, vgl. auch Investitionsprogramme 26 23, 31
Indexierung 16 89 f.
Industrialisierung 3 4, 24; 28 3
Industrielle Werke Basel (IWB) 18 114
Inflation 25 10 ff.
Informationstätigkeit der Verwaltung, vgl. Verwaltung
Informelles Verwaltungshandeln, vgl. schlichtes Verwaltungshandeln
Infrastruktur 3 71; 5 59; 7 11; 16 93; 18 7, 46; 27 3; 28 1 ff.; 34 16 f.
Infrastrukturpolitik 28 1 ff.
Initiative, vgl. Volksinitiative
Inländerbehandlung, vgl. auch WTO; GATT 9 3, 6 f., 53 f., 58; 10 8 ff.; 19 66, 83; 33 40
Insiderhandel 37 28
Insolvenzrecht 7 11
Institutsgarantie, vgl. Eigentumsgarantie
Instruments of government 2 19
Interessenverbände, vgl. Verbände
Interesse, öffentliches, vgl. Grundrechte
Intermediäre Gewalten 15 16
Internalisierung 3 108; 14 32
Internationale Energieagentur 31 24 f.
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) 8 14, 20; 34 19
Internationale Organisationen 8 11 ff.; 32 62 f.; 34 13, 38 ff.
Internationale Rechtshilfe 36 32 ff., 67; 37 6
Internationales Privatrecht 8 34 ff.

- Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) 33 48
- Interstate commerce clause 4 91
- Intervention, wirtschaftspolitische 1 22; 2 5; 3 55, 87; 4 17 ff., 102; 7 33, 38
- Invalidenversicherung, vgl. Sozialversicherungen
- Inversion normative 15 46
- Investitionsabkommen 33 46 ff.
- Investitionsbonus 26 35; 30 27
- Investitionsagentur, Multilaterale (MIGA) 33 48
- Investitionshilfe
- für Berggebiete 29 5, 51 ff.
 - in der Landwirtschaft 30 48
- Investitionshilfegesetz 29 3
- Investitionsprogramme 3 111; 12 8 Investitionsrisikogarantie 30 35; 33 50 f.
- Investitionsschutz 8 11, 33, 38, 70; 33 45 ff.
- J**
- Jagdwesen 5 49; 14 17
- K**
- Kaminfergermonopol 5 129
- Kantonalbanken 15 6; 18 24 f.; 36 56 ff.
- Kapitalmarktdelikte 37 28 ff.
- Kapitalmarktrecht 13 76; 37 1 ff.
- Karlsruher Übereinkommen 32 49
- Kartellartikel der BV 4 34; 20 5, 16; 21 3, 6, 55 ff.
- Entstehungsgeschichte 20 10 ff.
 - Funktion 20 25 f.
- Kartelle 4 17, 37; 7 52; 20 7 ff., 18, 21, 53; 21 14
- Kartellgesetz (KG) 3 111; 4 32, 39; 18 17, 117; 20 5, 8, 18; 21 3 ff.; 28 60
- Auswirkungsprinzip 20 57; 21 8 f.
 - Fusionskontrolle 21 63 ff.
 - öffentliche Unternehmen 21 10 ff.
 - Schädlichkeitsvermutung 21 32 ff.
 - Verwaltungsanktionen 21 53 f.
- Wettbewerbsbeschränkungen 21 12, 14 ff., 52
 - Wettbewerbsbeseitigung 21 40 ff.
 - wirtschaftliche Effizienz 21 34 ff.
 - zivilrechtliche Aspekte 21 76 ff.
- Kartellverbot, selektives 20 21, 31 ff., 43
- Verbotsprinzip EU 20 53 ff.
- Käsehandel 30 106, 124
- Kaufangebot, öffentliches 37 27
- Käuferrisiken (PKR) 33 39, 42
- Kausalabgaben, vgl. Abgaben
- Kernbereichsschutz, vgl. Eigentums-garantie sowie Wirtschaftsfreiheit
- Kernenergie, vgl. Atomenergie
- Kinogewerbe 3 63, 69; 5 140; 16 29; 17 31; 30 15
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) 21 4; 30 30 f.
- in Berggebieten 29 53 f.
- Klumpenrisiko, vgl. auch Bankenrecht 36 19
- Koalitionsfreiheit 4 6; 6 61 ff.; 12 9, 19, 28 ff., 71
- Kollektivanlagen, Bundesgesetz (KAG) 37 2, 8 ff.
- Kommissionen, ausserparlamentarische 15 13
- Kommission für Technologie und Innovation (KTI) 28 112 f.
- Kompetenzen 4 16; 7 2; 11 12; 18 62; 19 48 f.; 28 25 ff.
- ausschliessliche 7 2; 32 22 f., 45
 - des Bundes 3 44 f., 60 f., 94; 4 16; 7 7 ff., 26 ff.; 11 13, 18 f., 38 f.; 12 14 ff.; 14 16; 15 7; 20 30, 32; 25 27 ff.; 28 93; 29 10, 22 ff.; 30 51; 31 1; 32 22 f.; 34 35; 38 3 ff.
 - der Kantone 5 18, 125; 7 17 ff., 36 ff.; 15 14 f.; 28 91; 32 46 ff.; 39 15 ff.
 - für Lenkungsabgaben 16 78
 - konkurrierende 7 2, 17
 - parallele 7 2; 27 14; 28 97, 103
- Kompetenzordnung 2 9; 7 2, 7 ff.; 13 24 ff.; 28 12, 25 ff.

- Konfiskatorische Besteuerung, vgl. Steuern
- Konfliktdiamanten 8 52
- Konformität 40 27, 29
- Konjunkturartikel der BV 3 66, 106, 113; 4 19; 7 34; 13 58; 25 20 ff.; 15 53; 26 28; 27 7; 29 12; 32 32
- Konjunkturbeobachtung und Konjunkturerhebungen (Bundesgesetz) 19 18; 26 50 ff.
- Konjunkturpolitik, vgl. auch Beschäftigungspolitik 1 23; 2 6; 3 112; 7 12, 24, 29; 12 8, 57; 15 19; 19 18; 25 1 ff.; 29 12
- Instrumente 26 1 ff.
 - Budgetpolitik 19 18
 - Koordination 26 55
 - Träger 25 5, 27 ff.
 - Ziele 25 6 ff.
- Konjunkturschwankungen 25 1 ff.; 26 22
- Konkordat 3 23; 7 72
- Konkurrent, vgl. Gleichbehandlung der direkten Konkurrenten
- Konkurrenzwirtschaft 4 39; 18 38 f.; 20 17
- Konsultationsverfahren, vgl. auch Beschaffungswesen 19 74
- Konsumenteninformationsgesetz (KIG) 23 26 f.
- Konsumentenpolitik 23 13
- Konsumentenschutz 7 11; 11 34; 16 87; 23 1 ff.; 41 6
- Konsumentenschutzartikel der BV 23 8 ff.
- Konsumfreiheit, vgl. Wirtschaftsfreiheit
- Konsumkreditgesetz (KKG) 3 100; 23 34
- Konsumkreditwesen 5 125, 129; 22 24; 23 42
- Kontingentierung, vgl. auch Zollkontingent 9 8; 16 24 ff., 96; 17 31; 30 110, 113 ff.
- Konzessionen
- (Anspruch auf) Konzessionserteilung 16 39; 19 5; 28 29, 42
 - Monopolkonzession 16 38 ff., 94; 18 37
 - Sondernutzungskonzession 5 54, 62; 16 41 f.; 28 58
- Kooperationsprinzip (Umweltrecht) 14 35, 37; 16 86
- Koordinationsgebot im Raumplanungs- und Umweltrecht 14 34
- Koordinationsmechanismen
- Markt 1 15; 2 11; 4 76 f.; 6 33; 20 3 f.
 - Plan 1 14; 4 62
- Körperschaften, öffentlichrechtliche, vgl. Unternehmen, öffentliche
- Kostenkonzept, vgl. Preismissbrauch
- Krankenversicherung, vgl. Sozialversicherungen
- Kreditwesen, vgl. auch Geld- und Währungspolitik 22 24; 25 22 f., 25, 30, 34 f., 40; 36 2, 20
- Kriegsmaterial 7 10; 16 22; 32 13, 15, 34; 33 29
- Kriegsmaterial, Bundesgesetz (KMG) 32 37
- Kriegsvorsorge, wirtschaftliche, vgl. Landesversorgung
- Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung (Bundesgesetz) 26 26 ff.
- Krisen-Initiative (1935) 3 53
- Kulturpolitik 5 144; 9 53
- Kumulation, europäische, vgl. Ursprungsregeln
- Kündigung, missbräuchliche 12 23
- Kursmanipulation 37 28
- Kyoto-Abkommen 13 81 f.

L

- Ladenschlussvorschriften 5 125
- Laissez faire 3 11, 16, 42; 7 39
- Landesgegenden, wirtschaftlich bedrohte 29 9, 11, 22, 38 ff.
- Landesindex der Konsumentenpreise 16 90; 25 10
- Landessprachen 5 125

- Landesversorgung 3 72; 4 17; 7 11, 29;
15 21, 53; 30 64; 31 1 ff.
- Landesversorgungsartikel der BV 31 1 ff.
- Landesversorgungsgesetz (LVG) 9 63;
31 7 ff., 24
- Landwirtschaft 1 33; 3 78, 111; 4 17, 71,
97; 5 28; 7 29, 38; 10 6; 15 6, 21, 45;
17 7; 22 18 f.; 29 15; 30 36 ff.
- Abkommen mit der EU (Agrarab-
kommen) 8 59, 62; 22 18; 30 41,
105 ff.
 - Agrargesetzgebung 30 42 ff.; 32 37
 - Direktzahlungen, vgl. Direktzahlun-
gen 30 42 f., 83 ff.
 - Einkommenssicherung 30 38, 73, 83
 - Einfuhrsteuerung 30 109 ff.
 - Exportförderung 30 123 ff.
 - Förderung 30 48 ff.
 - Importschutz 30 98 ff.
 - Kennzeichnung von landwirtschaftli-
chen Produkten 30 79 ff.
 - Lenkungsabgaben 16 70 ff.
 - Marktordnungen 30 66 ff.
 - Multifunktionalität 3 78; 9 40; 30 40,
46
 - Produktionslenkung 30 73
 - Schwellenpreis 30 110, 112
 - Selbsthilfe 30 126 ff.
 - Trennung von Preis- und Einkom-
menspolitik 30 42 f., 74, 83 ff.
 - Vollzug des Landwirtschaftsrechts
15 53; 30 51
 - WTO/GATT-Anpassungen 8 54;
9 39 f., 62 ff.; 16 65; 30 39, 41, 83,
98 ff.
 - Zollkontingent 9 39; 16 25, 27;
30 110 f., 113 ff.
- Landwirtschaftsartikel der BV 3 78;
14 14, 27, 89; 29 15; 30 41, 44 ff.; 31 9
- Landwirtschaftsbericht (7.) 30 41
- Landwirtschaftsgesetz (LwG) 9 63; 30 41,
56 ff.
- altes Landwirtschaftsgesetz 30 72 f., 84
 - Verordnungen 30 60 f.
- Lastenausgleich, vgl. Finanzausgleich
- Lastengleichheitsprinzip (Umweltrecht)
14 33
- Lebensmittel 40 4, 21, 28, 32, 35; 41 1 ff.
- Lebensmittelgesetz (LMG) 41 1 ff.
 - Lebensmittelkontrolle 41 7
- Legalitätsprinzip 1 18; 2 11; 4 14; 5 51,
217 f.; 15 45, 62 ff.; 16 46; 18 111;
27 13; 30 55
- im Abgabenrecht 6 84; 13 44 f.;
16 79
 - im Aussenwirtschaftsrecht 32 38 ff.
 - in der EU 10 18
- Leistungen, staatliche, vgl. Verwaltung
5 26
- Leistungsauftrag 18 40, 84 ff.; 19 26
- Leistungsstaat, vgl. auch Staatsaufgaben
1 3 ff.; 13 4; 19 16
- Leistungsverwaltung, vgl. Verwaltung
- Leitungsgebundene Energie 28 6, 51, 55
- Lender of last resort 1 22; 24 28; 26 9, 56;
35 14
- Lenkungssteuern, vgl. Steuern
- Liberalisierung 3 108 ff.; 8 38, 41 ff.; 9 57;
18 42, 115; 19 55
- Liechtenstein 8 69; 10 35, 44; 32 67
- Lissabon, Vertrag von 10 29
- Lohngleichheit von Frau und Mann
12 14, 19, 27, 60 ff.; 19 19, 83
- Lotteriemonopol 5 103; 17 31
- Luftfahrt 3 100; 9 57; 13 28; 14 28;
28 35 ff.
- Luftverkehrsabkommen Schweiz –
EG 20 49; 28 37
 - Luftverkehrsfreiheiten 28 36 f.
 - Prinzip der nationalen Luftsoveräni-
tät 28 36
- Luftfahrtgesetz (LFG) 13 28; 28 38
- Luftraum 5 62
- ## M
- Maastricht, Vertrag von 10 1
- Makropolitik, vgl. Konjunkturpolitik
- Manchester-Liberalismus 3 42

- Mangellagen, schwere, vgl. auch Landesversorgung 31 7 ff., 21
- Markt 5 40, 91 ff., 138, 143; 13 76; 18 108; 32 5
- Marktfreiheiten in der EU, vgl. Europäische Union
- Marktkoordination, vgl. Koordinationsmechanismen
- Marktmacht 21 9 f., 87; 22 3, 5 f., 11
- Marktordnungen 30 66 ff.
- Marktversagen 1 22; 2 5; 4 84; 15 44; 27 2
- Marktwirtschaft 1 13, 15; 2 14; 3 42; 4 29, 82 ff.; 6 32; 10 31; 20 2 f.
- Marktwirtschaftliche Erneuerung, vgl. auch SWISSLEX 3 99 f.; 15 44; 19 78
- Marktwirtschaftsprinzip (EU) 10 27, 31 f.
- Marktzugang, freier 4 51, 79; 5 34, 40, 135; 7 7, 43 ff., 56, 62 ff.; 8 38; 9 31, 65; 10 12; 32 5, 29; 34 22, 25
- Mass und Gewicht 3 29 ff.; 7 11
- Massnahmen, vgl. auch Wirtschaftsfreiheit; Einschränkungen 3 5, 36 ff., 110 f.; 4 62 ff.; 5 80 ff.; 9 19 ff.; 23 13 ff.; 31 13 ff.
- grundsatzkonforme 4 49, 62; 5 85 ff., 98; 7 37; 27 10
 - grundsatzwidrige 4 50 ff., 62; 5 85 ff., 98, 7 32
 - polizeiliche 4 49, 62; 5 85 f., 114, 123 f.; 7 35
 - sozialpolitische 4 49, 61 f.; 5 85 f., 115, 125 f.; 7 37; 19 34
 - standespolitische 5 111, 126
 - wirtschaftliche gegenüber dem Ausland 32 25; 33 1 ff.
 - wirtschaftspolitische 4 43, 50, 62; 5 17, 39, 85 f., 116, 126 f.; 28 99; 34 22 ff., 32
- Materielle Enteignung, vgl. Enteignung
- Mediationsakte 3 19 f.
- Medienfreiheit 6 78
- Medikamente, vgl. Heilmittel
- Medizinalberufe, vgl. Arztrecht
- Medizinalpersonen 16 22; 39 34 f.
- Mehrjahresprogramme 29 34 ff.
- Mehrwertsteuer 3 75, 106; 13 3, 54, 60, 64; 30 32
- Meinungsausserungsfreiheit 4 6; 5 40; 6 78 ff., 96
- Meistbegünstigung 7 72; 8 42; 9 3 ff., 14, 16, 18, 51, 53, 58; 33 46; 34 24
- Memorandum of Understanding 36 38
- Menschenrechte, vgl. Grundrechte
- Merkantilismus 3 6; 18 3
- Messe Schweiz AG 18 28
- Messwesen, vgl. Mass und Gewicht
- MeteoSchweiz 18 116
- Mieterschutz 6 46
- Migration 8 40; 34 7 f., 47
- Milchhygiene-Richtlinien 8 67
- Milchkontingentierung 16 26; 30 69 f.
- Milchmarkt 8 67; 30 68 ff., 124
- Militär 5 70; 19 14
- Militärversicherung, vgl. Sozialversicherungen
- Mindestlöhne 12 20
- Mindestreserven 26 15 ff.
- Mischfinanzierungen 34 18
- Mittel- und osteuropäische Staaten 10 47, 50 f.; 34 44 ff.
- Mobilität, berufliche 7 51, 56, 68 f.
- Modellstudie 1985 3 82; 18 88
- Monistische Theorie 8 2
- Monopole 3 8; 4 19; 5 44 ff.; 16 30 ff., 94, 96; 18 36 f., 78 f.
- Begriff 16 30
 - des Bundes 7 28; 18 36 f.
 - der Kantone 4 24 f.; 5 49; 7 27, 37; 15 14; 19 6
 - Rechtsnatur 16 31 ff.
 - faktische 5 58; 16 34, 41; 18 37
 - rechtliche 18 32
 - Zweck
 - fiskalisch 4 25; 5 49
 - polizeilich 4 61; 5 49, 95, 110, 123; 16 33

- sozialpolitisch (Wohlfahrtsmonopol) 5 49, 125
 - wirtschaftspolitisch 16 94
- Münzregal 24 13 ff.
Münzwesen 3 29 ff.; 24 13 ff.

N

- Nachhaltige Entwicklung 8 19; 9 2;
14 37; 25 15; 34 9, 50 ff.
- Nachhaltigkeitsprinzip 14 14, 29 f.
- Nachtragskredite, vgl. auch Voranschlag
13 25, 29
- Nachtwächterstaat, vgl. auch Staatsaufgaben 1 2
- NAGRA 18 47, 51
- Nationalbank (SNB) 3 49; 13 6, 78; 15 5;
18 25, 46, 48, 99; 22 24; 24 8 ff., 27 ff.;
26 4 f.; 32 33
- Gewinnverteilung 24 34
 - Instrumente 26 6 ff.
 - hoheitliche 26 14 ff.
 - rechtsgeschäftliche 26 8 ff.
 - Rechtsnatur 24 29, 31
 - UBS 35 16 f.
 - Unabhängigkeit 24 27, 29, 36
 - Vereinbarungen 26 6, 19 ff.
- Nationalbankgesetz (NBS) 3 49;
24 27 ff.; 26 19
- Nationalfonds 28 104, 106, 109, 113
- Nationalstrassen 3 71; 13 60 ff.;
28 23
- Natur- und Heimatschutz 14 11, 26
- Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG)
14 26
- Netzgesellschaft, nationale 28 61
- Neutralitätspolitik 32 15, 44
- New Public Management 3 112; 18 113;
19 26
- Nicht-Diskriminierung, vgl. auch
GATT 7 64; 9 12, 35, 51; 19 5 f., 66,
83
- in der EU 10 8 ff., 16, 18, 34; 39 28
 - zwischen Frau und Mann 12 26, 38 f.
- Niederlassungsbewilligung 5 67

- Niederlassungsfreiheit 6 54 ff.; 38 7
- in der EU 8 47; 10 9
 - in der Schweiz 3 19, 24, 32; 4 6
- Nizza, Vertrag von 10 28
- Non-Proliferation 32 69
- Normenkontrolle, verfassungsrichterliche 4 12
- Normsetzungsbefugnis der Privaten, vgl. Delegation
- Noten, vgl. Banknoten
- Notenbankartikel der BV 3 49, 106; 4 19;
25 34 f.
- Notenbankinstrumentarium 4 34; 16 93
- Notwendigkeit, vgl. Verhältnismässigkeitsprinzip
- Numerus clausus 5 34 f., 126; 28 98 f.

O

- Obligationenrecht (OR) 23 36; 26 6
- Obst- und Gemüsemarktordnung
30 106, 122
- OECD 3 96; 8 28 ff., 55; 13 88 ff.; 33 40,
49; 34 41 ff.; 36 41
- OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen 8 35
- Offenlegungspflichten 21 70; 37 24 ff.
- Offenmarktgeschäft 26 10
- Öffentliche Aufgabe, vgl. Staatsaufgabe
- Öffentliches Recht
- Unterscheidung zum Privatrecht
2 15 ff.
 - Zusammenspiel von öffentlichem Recht und Privatrecht 12 15; 19 10
- Öffentliche Unternehmen, vgl. Unternehmen, öffentliche
- Öffentlicher Verkehr 18 95; 28 6, 19 ff.
- Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) 35 33
- Ökologisierung des Steuerrechts 16 73;
30 87 ff.
- Ordnungspolitik 1 17 ff., 25; 4 29; 18 46;
27 1
- Ordoliberalismus 4 29
- Organisationsrecht 2 19, 23; 15 64
- Osec 30 35; 32 31; 33 34 ff.

Osteuropahilfe 34 44 ff.

- Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas 34 45, 55

P

Pacta sunt servanda 9 53

Pandemien 31 31

Panel, vgl. WTO

Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 35 17

Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle (PVK) 7 77

Parteien, politische 1 36; 15 16

Patentanwaltsgesetz, vgl. Anwaltsrecht

Pauschalreisengesetz (PRG) 3 100; 23 33

Personenbeförderung 28 41 ff.

Personenbeförderungsgesetz (PBG) 3 42

Personenfreizügigkeit, vgl. Europäische Union

Persönliche Freiheit 6 81

Pflanzenbau 30 56, 73, 77

Pflichtlager 31 14 f., 22 f.; 33 26

Pflichtwandelanleihe 3 114; 35 16

Plakatanschlag 4 25; 5 123, 130; 18 78; 19 6

Planwirtschaft 1 13 f.; 4 29, 68; 5 17

Policy Coherence for Development 34 8, 41

Politikversagen, vgl. Staatsversagen

Polizeibewilligungen, vgl. Bewilligung

Polizeierlaubnis, vgl. Bewilligung

Polizeigüter 1 20; 2 4; 4 61; 5 114; 12 56; 16 20

Polizeimonopole, vgl. Monopole

Polizeirecht 1 20; 2 4; 7 16; 14 6, 10; 15 70; 16 17, 20 ff., 94; 18 47; 23 42; 28 8; 40 1 ff., 31

Postgesetz 3 111; 18 91; 28 6, 69, 74, 77

Postregal 3 29 ff.; 28 43

Postwesen 18 24, 100, 115; 28 69 ff.

Postverkehr 18 42, 115; 28 83 ff.

- Pflichtdienste 28 85

- Universaldienst 18 42; 28 83 f.

- Wettbewerbsdienste 18 100; 28 86

Preisbekanntgabepflicht 21 84, 89

Preismechanismus 4 60

Preismissbrauch 22 7 f., 9 ff.

Preisstabilität, Preisniveaustabilität 25 9 ff.; 26 1

Preisüberwacher 22 4 ff.

Preisüberwachung

- Konjunkturpolitische 3 67; 20 29

- öffentliche Unternehmen 22 17

- polizeiliche 22 16

- sozialpolitische 22 16

- wettbewerbspolitische 20 29; 22 3

- wirtschaftspolitische 22 16

Preisüberwachungsartikel der BV 20 29; 22 1

Preisüberwachungsgesetz (PüG) 20 5, 46; 22 1 ff.; 23 28

Preiszertifizierung 33 24

Pressefreiheit 6 95 f.

Privatautonomie 4 63, 69 f.; 5 17, 133; 20 7

Privatisierung 3 91, 108 ff.; 18 5 f., 12, 82; 21 12; 28 75, 78

Privatrechtsordnung 2 2; 3 39; 5 6; 7 11; 8 32 ff.; 12 66

Privatversicherung, vgl. Versicherungswesen

Privilegienwirtschaft 3 3, 8 ff., 42; 5 39

Produktegesetzgebung 40 19 ff.; 41 25 ff.

- Produktesicherheitsgesetz (PrSG) 40 25, 29; 41 25, 27

Produktehaftpflichtgesetz (PrHG) 3 100; 23 30 ff.; 40 30

Produktionslenkung 30 73

Pro-Kopf-Einkommen 34 2

Protektionismus 3 16; 4 77, 100; 5 96; 9 49, 65; 10 30; 16 28; 18 3; 19 34; 30 2, 11, 36; 33 1

Prozesspolitik, vgl. auch Konjunkturpolitik 1 17; 7 16; 25 5; 27 1

Psychologieberufe, Bundesgesetz (PsyG) 39 36

PTT 18 23 f.; 28 75
 Pulverregal 3 29 f., 36 ff., 110; 5 46; 13 3

Q

Qualitätskontrolle, Qualitätssicherung
 30 18, 24, 77
 Quersubventionen 18 39; 21 12; 28 86

R

Radio- und Fernsehen, vgl. auch SRG
 6 97
 Rating-Agenturen 35 13
 Raumfahrt 28 25, 40
 Raumplanung 3 70; 5 107; 6 39 ff.; 14 3,
 7, 11, 13 f., 67; 27 19; 28 22, 67; 29 11;
 30 64
 Raumplanungsgesetz (RPG) 14 20;
 30 64
 Rebbau 7 38; 30 67
 Rechtsetzung durch Private, vgl. auch
 Delegation und Selbstregulierung
 15 59, 65; 16 80
 Rechtsetzungsbefugnis 5 103
 Rechtsfortbildung 5 9
 Rechtsgleichheit, vgl. auch Gleichbe-
 handlung der direkten Konkurrenten
 4 4; 5 41, 135, 141; 6 20, 38, 83; 7 44;
 15 66; 16 98; 18 103
 Rechtsschutz im öffentlichen Wirt-
 schaftsrecht 2 25; 3 43; 5 141, 143;
 7 73 ff.; 15 55; 16 91; 17 1 ff.; 19 46 f.,
 52 ff., 74 f., 87 ff., 96 f., 107 ff.; 22 14 f.;
 29 26; 31 29
 – Anfechtungsobjekt 7 73; 17 22 ff.;
 19 10, 88, 96
 – Beschwerdebefugnis 17 27 ff.; 22 15
 – Kognition 17 12 ff.
 – Sachverhaltsfragen 17 12, 20 f.
 Rechtssicherheitsprinzip 1 18; 4 14; 7 80;
 10 18; 15 68 f.
 Rechtsweg ans Bundesgericht 17 6 ff.
 Rechtsweggarantie 17 4, 22
 Referendum 1 36; 3 52, 102; 13 17, 35;
 32 56 ff.

– fakultatives 3 41; 4 96 f.; 8 62 f.; 13 40;
 15 22, 49; 19 65; 32 57
 – obligatorisches 2 8; 3 105 ff.; 4 79;
 10 39; 32 59 f.
 Reform der Bundesrechtspflege, vgl.
 Beschwerde in öffentlich-rechtlichen
 Angelegenheiten sowie Verfassungs-
 beschwerde 7 76; 17 4
 Reform der BV, vgl. Totalrevision der BV
 3 79 ff.
 Regale, vgl. Monopole
 Regelungsmotiv 4 61; 5 97
 Regenerationszeit, vgl. Restaurationszeit
 Regionale Strukturpolitik, vgl. Struktur-
 politik
 Regionalpolitik 16 51; 27 16; 29 1 ff.
 – Bundesgesetz 29 7
 – Interreg 29 5, 20 f.
 – Neue Regionalpolitik (NRP) 29 28 ff.
 – Regio plus 29 5, 43
 Regulierungen, vgl. auch Massnahmen
 3 66; 37 9
 Reklame, vgl. Werbung
 Rekurskommissionen 17 5; 19 47
 Repo-Geschäfte (Repurchase Agree-
 ment) 26 12
 Requisitionsrecht 31 19
 Residenzpflicht der Beamten, vgl.
 Wohnsitzerfordernis
 Ressourcenausgleich, vgl. Finanzaus-
 gleich
 Restaurationszeit 3 21 ff.
 Revision, vgl. Totalrevision der BV
 Revisionsstelle 36 49
 Revitalisierung, vgl. marktwirtschaft-
 liche Erneuerung
 Reziprozität, vgl. GATT/WTO
 Richterliche Zurückhaltung 17 16 ff.
 Rio-Konferenz 8 24 f.
 Risiko 40 6 ff.
 – soziales 11 42 f.
 – technisches 40 6 f.
 Risikoentscheidung 40 15
 Risikokapitalgesellschaften 30 33

Risikorecht, Risikobewältigung 1 21; 2 4;
7 18; 16 14; 34 8; 40 1 ff.
Rohrleitungen 3 71; 28 56
Rohstoffabkommen 8 27, 44
Römer Verträge, vgl. Europäische Union
Rotes Kreuz 34 6
Rundfunkdienste, vgl. SRG
Rüstungswesen 18 16 f.; 19 22, 114

S

Sachbewilligungen, vgl. Bewilligungen
Salzregal 5 49; 16 30
Sammelrevers 1993 21 24
Sanitärengewerbe 7 18, 51, 78
SARS 40 39
SBB 3 48; 12 45; 16 37; 18 5, 7 f., 23 f., 91;
19 7, 92; 28 27 f.
Schiffahrt 9 57; 28 32 ff.
Schlichtes Verwaltungshandeln 16 4, 86;
17 22 ff.
Schlichtungsverfahren 23 17
Schrackenregime, vgl. Wirtschaftsfreiheit
Schrackentrias, vgl. Wirtschaftsfreiheit
Schuldenbremse 13 11, 35 ff.
Schulwesen 28 91 ff.
Schuman-Plan 10 1
Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, vgl. Osec
Schwellenländer 34 2 f.
Schwellenpreis 30 110, 112
Schwellenwert 19 67, 69, 104
Schwerpunktländer 34 37, 48, 55
Schwerverkehrsabgabe 13 3
Seeschiffahrtsgesetz, vgl. Schiffahrt
Sektorale Strukturpolitik, vgl. Strukturpolitik
Sektorielle Vereinbarungen, vgl. Europäische Union
Selbstregulierung 15 59; 16 80 ff.;
35 12; 36 62, 70; 37 21 ff.; 38 26;
39 25 ff.
Selbstverantwortung 11 27 f.; 12 10
Service Public 18 5; 28 1

Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten, Bundesgesetz (STEG) 23 32; 40 28; 41 25
Sicherheitsrecht, vgl. Risikorecht
Smith Adam 3 10 f.; 4 84
Solvenztest, Schweizer (SST) 38 25 f.
Sorgfaltspflichtenvereinbarung, vgl. Bankenrecht
Sozialcharta, europäische 6 63, 106; 8 68;
11 65; 12 69
Soziale Sicherheit 11 6 ff., 27 ff., 35
Sozialgesetzgebung 11 20
Sozialhilfe 11 29 f., 53 ff.
– Bedürftigkeit 11 55
– Recht auf Sozialhilfe 11 57
– Universalität 11 55
Sozialpolitik 11 5 ff., 35; 19 34
Sozialrechte 11 15 ff.
– Recht auf Arbeit 5 54; 12 21, 71 f.
– Recht auf Berufsausbildung 5 54; 6 81
– Recht auf Hilfe in Notlagen 11 15, 57
Sozialstaat 3 61, 73 f.; 11 1 ff., 23 ff., 53;
13 4
Sozialverfassung 4 28; 11 1 ff.
Sozialversicherungen 1 24; 5 53, 59;
11 28, 42 ff.; 12 10, 27; 38 23
– Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) 3 48, 74; 11 32, 45, 50 ff.;
19 15
– Arbeitslosenversicherung 11 32, 45;
25 6 f.
– Ergänzungsleistungen 11 44, 54
– Erwerbsersatzordnung 11 46
– Familienzulagen (Familienzulagengesetz) 11 45 f.
– Invalidenversicherung 3 48, 74; 5 59;
11 32, 45, 50 ff.
– Krankenversicherung 3 48; 5 63;
11 30, 32, 45; 22 22
– Militärversicherung 11 44
– Mutterschaftsversicherung 11 32 f., 45
– Unfallversicherung 3 48; 11 30, 32, 45
– Versicherungsobligatorium 11 47
Sozialversicherungsabkommen 11 59 ff.

- Sozialziele 11 2, 14, 35 ff.; 12 13
- Spenden 5 30
- Spezialitätsprinzip 18 112
- Spitzenverbände 15 18, 22 f.
- Sprengstoffe 41 26
- SRG, vgl. auch Radio und Fernsehen 18 32
- Staatsangestellter 5 44, 50, 70
- Staatsaufgaben 1 1 ff.; 2 18; 5 76; 11 7, 18; 13 4; 16 8; 18 9, 11, 69 f., 94 ff.; 19 4, 16; 27 2; 28 4; 30 48
- Staatsgarantie 18 39; 21 12; 36 56 ff.
- Staatsquote 1 24; 13 8; 16 76
- Staatsrechnung 13 19, 31, 37
- Staatsversagen 1 22
- Staatsvertragsrecht 5 68; 6 107 ff.; 11 22; 19 103
- Staatsvertragsreferendum, vgl. Referendum 3 97; 32 56 ff.
- Staatsziele 2 18; 3 34; 4 15; 11 13; 32 16
- Stabilitätsgesetz 26 32 f.
- Stabilitätspolitik 25 28
- Standortwettbewerb 1 32, 34; 13 10 ff.; 29 22
- Statistikgesetz 26 52 f.
- Stempelsteuer 13 12
- Steuerharmonisierungsgesetz 13 52
- Steuern 1 8; 2 29; 5 38; 6 84 ff.; 8 30; 12 11; 13 1, 3, 42 ff.
- des Bundes 13 59 ff.
 - direkte 13 6, 60, 64
 - Mehrwertsteuer 7 14; 13 6, 60, 63 f.; 30 32
 - Stempelsteuer 7 14; 13 60
 - Verbrauchs- und Verkehrssteuern 7 14; 13 6
 - Verrechnungssteuer 7 14; 13 6, 60
 - der Kantone 7 21; 13 65 ff.
 - Gewerbesteuern 5 38, 96; 7 21; 13 66
 - Harmonisierung 3 75; 13 3, 16
 - Lenkungssteuern, vgl. auch Lenkungsabgaben 7 15; 14 8
 - Pauschalbesteuerung 13 51 ff.
 - Steuererleichterungen 16 60 f.; 27 3 f., 18; 30 32 f.
 - Verbot konfiskatorischer Besteuerung 6 29, 44 ff.; 13 44
 - Verbot prohibitiv wirkender Steuern 5 38
 - Verfassungsgrundsätze 6 83 ff.; 13 18, 42 ff., 67
 - Grundsatz der Allgemeinheit 13 44, 46 f.
 - Grundsatz der Gleichmässigkeit 13 44, 46, 48
 - Legalitätsprinzip 13 44 ff.
 - Leistungsgerechtigkeit der Besteuerung 13 44, 49 ff.
- Stickerei-Industrie 30 14
- Stipendien 11 34
- Störerprinzip 6 77; 12 56
- Strafgefangene 5 70
- Strafrecht 2 30; 3 47; 7 11; 16 12, 15; 31 27; 36 24, 67 ff.; 37 28
- Strassenverkehrshoheit 28 21, 23
- Strassenwesen, vgl. auch Nationalstrassen 28 21 ff.
- Streik(recht) 6 66 ff.; 12 9, 28, 41 ff.
- wilder Streik 6 73 f.
 - politischer Streik 6 73
- Stromlieferungsmonopol 4 25
- Stromversorgungsgesetz 28 59
- Strukturpolitik 1 17, 22; 3 86; 4 80, 96; 7 12, 29; 15 6; 32 29
- Infrastrukturpolitik 28 1 ff.
 - regionale 19 32; 27 1; 29 1 ff.
 - sektorale 27 1; 30 1 ff.
- Strukturwandel 29 1, 7; 30 43
- Submission, vgl. Beschaffungswesen
- Subsidiaritätsprinzip 4 14, 18; 7 20, 71; 11 14, 39; 18 60; 19 4; 28 9; 30 77, 126; 31 22
- Subventionen 13 13; 16 44 ff., 66 ff., 95 f.; 28 20; 29 22
- Abgeltungen 16 48 f.
 - Anspruch auf Zusprechung 5 54

- Finanzhilfen 16 47, 50
- im Landwirtschaftsrecht 9 39 f.; 30 50, 127
- Legalitätsprinzip 16 46
- Rechtsschutz 17 23
- WTO-Abkommen 9 46; 29 18
- Subventionsgesetz (SuG) 16 46, 69; 29 25
- Supranationale Organisation 2 27; 8 9; 10 37; 32 64
- SUVA 18 24, 47
- Swissair 13 28; 18 5, 28; 28 39
- Swisscom 18 7 f., 91, 119; 28 75 ff.
- SWISSLEX, vgl. auch marktwirtschaftliche Erneuerung 3 99 f.; 8 66; 36 5
- Systemgarantie 5 88

T

- Talibanverordnung 8 53
- Tarifautonomie 6 66; 12 9, 32 f., 50
- Tarife, vgl. Preisüberwachung
- Taxigewerbe 7 18, 51, 78
- Technische Handelshemmnisse, vgl. Handelshemmnisse
- Technische Normierungen 1 37; 33 4 40 25 ff.
- Technologieförderung 28 112; 30 26
- Technologietransfer 8 25
- Telegrafwesen 28 69, 71
- Telekommunikation 9 57; 28 74, 76
- Textilien 9 41
- Teuerung 3 67; 25 2, 12, 22; 26 2, 39
- Theater 5 140
- Tier- und Pflanzenschutz 14 11
- Totalrevision der BV (1999), vgl. auch Reform der BV 3 36 ff., 79 ff., 107; 4 30; 6 2, 68; 7 54; 15 54; 20 10; 24 23; 27 2; 28 17; 32 12
- Tourismus (Bundesgesetz) 18 48; 29 37, 45 ff.; 30 19 ff.
- Transparenzgebot 1 35; 9 12, 35, 51 f.; 19 5, 44
- Travail.Suisse 15 22 f.

- Treu und Glauben im Geschäftsverkehr 2 4; 15 60; 19 35
- TRIPS, vgl. WTO

U

- UBS, vgl. auch Finanzkrise sowie Bankkundendaten 3 114; 13 27; 15 5; 26 9, 37, 56; 35 14 ff.; 36 18
- Uhrenindustrie 18 30; 30 16 ff.
- Umwelt 14 1 ff.
- Umweltgefährdende Organismen 40 17 ff.
- Umweltgefährdende Stoffe 40 12, 16, 19 ff.; 41 17 ff.
- Umweltrecht 2 4; 14 27 ff., 34; 16 86; 30 64
- Umweltschutz 3 77 f.; 5 125; 8 21, 40; 14 1 ff.; 19 19; 28 46; 34 8, 50 f.
- Umweltschutzartikel 3 77; 14 16, 18
- Umweltschutzgesetz (USG) 14 18 ff., 31; 16 75; 40 17, 22 ff.; 41 17
- Umweltverfassung 4 28; 14 1 ff.
- Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) 14 18
- UNCED 8 24
- UNCITRAL 8 23
- UNCTAD 8 23, 26 f., 51
- Unfallversicherung, vgl. Sozialversicherungen
- Universitätsförderungsgesetz (UFG) 28 100 f.
- Unlauterer Wettbewerb (Bundesgesetz: UWG) 20 5; 21 83 ff.; 23 14 f., 29
- UNO 3 96; 8 11, 22 ff.; 32 63, 65; 34 13, 39, 51
 - Beitritt der Schweiz (2002) 8 50 ff.; 32 15
 - Wirtschaftssanktionen 8 23, 52 f.; 32 15, 43 f.; 33 29
- UNO-Pakte 3 96; 6 101 ff.; 8 33
 - Pakt I über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 6 102 ff.; 8 23; 11 61; 12 20, 46, 71; 28 98

- Pakt II über bürgerliche und politische Rechte 6 105
 - UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf 8 34
 - Unternehmen, öffentliche, vgl. auch unternehmerische Betätigung des Staates 5 74; 15 6; 18 13, 31 ff., 45 ff.; 19 4; 22 17; 28 55
 - Öffentlichrechtliche Anstalt 16 35; 18 23 f.; 35 29
 - Öffentlichrechtliche Körperschaft 16 35; 18 25
 - Unternehmensjuristengesetz (UJG), vgl. Anwaltsrecht
 - Unternehmenssteuerreform 30 28, 34
 - Unternehmenszusammenschlüsse, vgl. auch Fusionskontrolle 21 17 f.
 - Unternehmerische Betätigung des Staates 18 1 ff.; 19 4
 - Gesetzliche Grundlage 18 37, 55, 65 ff., 111
 - in Monopolsituation 18 36 f.
 - in Wettbewerbssituation 18 38 ff.; 21 12
 - öffentliches Interesse 18 55, 75 ff., 111
 - Untersuchungsgefangene 5 70
 - Unwetterschäden, Behebung von 29 57 ff.
 - Ursprungsregeln
 - Europäische Kumulation 10 50 f.
 - Freihandelsabkommen Schweiz – EG 10 40
 - präferenzielle 9 50
 - WTO-Abkommen 9 49 f.
- V**
- VE 1996, vgl. Verfassungsentwurf 1996
 - Verbände 1 36 f.; 3 41; 15 16 ff.
 - als Vollzugsorgane 15 54 ff.
 - im Rechtsetzungsverfahren 15 35, 40, 59
 - Beschwerdebefugnis (Verbandsbeschwerde) 17 43 ff.; 23 15 f.
 - Verbote 16 11 ff., 94, 97; 33 15
 - Absolute Verbote 5 115.; 16 11 ff.
 - Verbote mit Genehmigungsvorbehalt 16 17 ff.
 - Verbotssprinzip EU, vgl. Kartellverbot
 - Vereinigungsfreiheit 6 57 ff.; 12 71; 15 56
 - Verfahrensgarantien 5 64 f., 151; 6 4, 25, 99; 10 18, 30; 15 71 f.
 - Verfassung, vgl. Bundesverfassung
 - Verfassungsbeschwerde, subsidiäre, vgl. auch Beschwerde in öffentlichrechtlichen Angelegenheiten 6 28; 7 74; 17 3, 10, 29
 - Verfassungsentwurf 1977 (VE 77) 3 80 f.; 18 88
 - Verfassungsentwurf 1995 (VE 95) 3 83 ff.; 18 89
 - Verfassungsentwurf 1996 (VE 96) 3 79, 88 ff.; 18 89; 26 5
 - Verfassungsgerichtsbarkeit 4 12, 102 ff.; 5 13, 57; 7 32; 17 4, 19; 18 73 f.
 - Verfassungsgrundsätze 4 14
 - Verfassungsreform 3 55; 12 28
 - Verfassungsvorbehalt 2 17; 3 82 f., 89; 4 23, 79, 96 ff.; 5 21, 82, 102; 15 7
 - Verflechtung der Volkswirtschaften, vgl. auch Globalisierung 1 30; 8 1; 37 5
 - Vergangenheitsbewältigung 3 66
 - Vergleichsmarktkonzept, vgl. Preismissbrauch
 - Verhaltensgebote 16 14 ff., 94, 97; 40 32, 35; 41 22
 - Verhältnismässigkeitsprinzip 4 14; 5 128 ff.; 7 66; 15 70
 - in der EU 10 16, 18, 34
 - Verkehrswesen, vgl. auch Eisenbahn 14 3, 7; 28 16 ff.
 - schienengebundener Verkehr 28 26 ff.
 - Wahl des Verkehrsmittels 28 13, 45 ff.
 - Zugang, freier 28 29 ff.
 - Vernehmlassungsentwurf 1994 7 55
 - Vernehmlassungsgesetz 15 38
 - Vernehmlassungsverfahren 15 35 ff.

Verpflichtungskredite, vgl. auch Voranschlag 13 25
Verrechnungssteuer 13 6, 60 f.
Versicherungsabkommen, bilaterales 3 98; 38 6 f.
Versicherungsaufsicht 38 1 ff.
Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) 38 9 f., 13, 25
Versicherungstätigkeit 38 17 ff.
Versicherungswesen 3 98; 38 1 ff.
Verstaatlichungen 5 46; 18 5 f., 61 f.
Vertrag, öffentlichrechtlicher 6 8; 16 40
Vertragsfreiheit 2 2; 4 6; 5 36 f.; 6 82, 91; 20 7, 15
Vertragsrecht 6 7; 7 11; 19 10
Vertrauensschutz im öffentlichen Recht 15 68 f.
Verursacherprinzip (Umweltrecht) 14 16, 32; 41 24
Verwaltung
– Bedarfsverwaltung 5 147
– eingreifende 5 58 ff., 147
– informierende 16 88; 40 32, 37
– leistende 5 53 ff., 63 f.; 27 3
– Zentralverwaltung 18 20 ff.; 19 5
Verwaltungsbeschwerde an den Bundesrat 17 8
Verwaltungsgerichtsbarkeit 17 2
Verwaltungsgerichtsbeschwerde (frühere) 17 3 f., 28, 34
Verwaltungsstrafrecht 2 30
Verwaltungsträger, ausgegliederte 5 73, 75; 15 6, 51
Viehwirtschaft 30 58, 73 77, 90, 124
Vogelgrippe 31 15
Völkerrecht 2 28; 4 103; 8 2 f., 7; 9 61; 11 22; 14 36 ff.; 27 4; 32 54; 33 45 ff.
– Ius cogens 8 3, 53
– Normenhierarchie (Kollisionsrecht) 8 3
Volksinitiative 2 8; 3 44, 104 ff.; 13 41; 15 31; 37 26
Vollbeschäftigung 25 6 ff.

Vollmachtenregime 3 51 ff., 56, 114
Vollzug des Wirtschaftsverwaltungsrechts 7 26; 15 15, 21, 25 f., 51 ff.; 31 26
Vollzugsföderalismus 2 28; 7 26
Voranschlag, vgl. auch Globalbudget 13 24 ff.
Vorratshaltung 31 13 ff., 22
Vorsorgeprinzip 14 10, 16, 31; 40 10 ff.; 41 24

W

Waffen, vgl. Kriegsmaterial
Währung 3 67; 7 11; 24 4; 32 5
Währung und Zahlungsmittel (Bundesgesetz: WZG) 24 23
Währungsfonds, vgl. Bretton Woods
Währungsordnung 13 13, 76; 24 4 f., 14
Währungspolitik 8 17; 10 23; 26 1 ff., 6 ff.
Währungsrecht 24 17 ff.
Waldgesetz (WaG) 14 24 f.
Warenverkehr, vgl. Handel
Wasserrechtsgesetz (WRG) 28 58
Wasserregal, vgl. Monopol
Wasserzins-Maximum 28 58
Wechselkurse (floating) 8 17; 13 76; 24 4 f., 19 f.; 25 14; 26 1 f., 37, 49
Weltbank, vgl. Bretton Woods
Welthandel, vgl. Handel
Welthandelsorganisation, vgl. WTO
Weltzollorganisation (WZO) 13 81
Werbung 5 36, 129; 23 41
Wertpapiere 37 1, 14, 16
Wertungskonflikt 4 19
Wettbewerb, wirksamer 22 79
Wettbewerbsbehinderung 20 31 ff.; 21 19 ff.
Wettbewerbsfähigkeit 3 108; 7 56; 29 6 f., 28; 32 8; 38 8
Wettbewerbsfreiheit 4 38 f., 87 ff.
Wettbewerbsgarantie 4 53, 72 ff.; 20 14, 17

- Wettbewerbskommission (Weko) 7 75;
15 39; 17 25; 20 38; 21 70 ff.; 22 5 f.;
38 12
- Wettbewerbsneutralität, vgl. auch Wirtschaftsfreiheit sowie Gleichbehandlung der direkten Konkurrenten 4 14, 43, 52 f., 64, 71; 5 10 f, 39 ff., 91 ff., 134 ff.; 15 66; 16 23, 63 f.; 17 41 f.; 18 40, 64, 70, 103, 106 ff.; 19 19, 33; 20 36; 27 4 f., 11; 28 14; 30 119
- Wettbewerbsoptimierungsgebot 4 71
- Wettbewerbspolitik 1 19; 3 84; 4 19; 7 11; 9 65; 20 1 ff.
- EU 20 39 ff., 51 ff.
 - Schweiz 7 11; 20 10 ff.
 - Verfassungsgrundlagen 20 5 ff.; 21 55 ff; 27 11
 - Instrumente 21 1 ff.
- Wettbewerbsrecht 18 117 f.; 19 22;
21 2 ff.; 39 27
- EU 20 52 ff.
- Wettbewerbsverzerrung, vgl. auch Wettbewerbsneutralität 4 55 f., 63 f.; 5 14, 43, 91 ff.; 10 34; 16 63 f., 96; 18 108; 21 11
- Willkürverbot 5 105; 18 103; 19 35
- Wirtschaft
- Begriff 1 11
 - der Schweiz 1 29 ff.
 - Staatsfreiheit, vgl. auch Privatautonomie 4 14, 36 f., 63 f., 69; 5 17; 18 55 f., 61; 20 12
 - System 1 13 ff.; 2 1 ff.; 4 1, 81 ff.
- Wirtschaftliche Landesverteidigung 4 17;
31 5 f.
- Wirtschaftsartikel 3 57 ff., 64 ff., 113 f.;
4 16; 11 32; 12 26; 15 20, 54, 64; 16 85;
20 7
- Wirtschaftsaufsicht, vgl. auch FINMA
15 6, 52; 16 87
- Wirtschaftsförderung 5 11; 7 5, 25, 37;
16 62 f., 95; 18 48; 27 1 ff.
- des Bundes 27 6 ff.
 - der Kantone 27 14 ff.; 30 9
- Wirtschaftsfreiheit, vgl. auch Handels- und Gewerbefreiheit 3 10 ff., 14 ff., 80, 84 f., 93; 4 82; 5 1 ff.; 6 38 f.; 7 28 ff., 10 33; 11 39; 16 98; 18 54 ff., 103; 20 14 ff.; 25 40; 32 21
- Adressaten 5 79 ff.; 18 93 ff., 119
 - Begriff 5 1 ff.
 - Drittwirkung, Horizontalwirkung 5 27, 79
 - Einschränkungen, vgl. Massnahmen sowie Grundrechte
 - Funktionen 4 63 ff.; 5 12 ff.
 - bundesstaatliche Funktion 4 65 f., 77 ff.; 5 18 ff.; 7 3; 19 31
 - demokratische Funktion 4 79 f.; 5 21 ff.
 - individualrechtliche Funktion 4 63; 5 13 ff.
 - Scharnierfunktion 4 45 ff.
 - wirtschaftssystembezogene Funktion, vgl. auch ordnungspolitische oder institutionelle Funktion 4 65 ff.; 5 17; 7 3; 18 64; 19 31
 - Grundrechtsdimensionen 4 10, 63; 5 3 ff., 18 105
 - objektiv-konstitutive Dimension 5 5 ff.; 18 55 ff., 111
 - subjektiv-anspruchs begründende Dimension 5 4
 - Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, vgl. auch Wettbewerbsneutralität 3 89; 4 23, 46 ff., 54 ff.; 5 41, 82, 87 ff.; 7 28 ff.; 10 33; 16 63; 18 75, 106 ff.; 19 4; 27 4 f., 8, 11, 14
 - Kernbereich 5 131 ff.
 - Rechtsschutz 3 43; 4 78, 103; 5 64 ff., 143; 7 47; 17 1 ff.
 - Schrankentrias, Schrankenlehre, vgl. auch Massnahmen 4 22 ff., 46 f., 57, 62; 5 85, 94, 97, 111 ff.; 18 64
 - Schutzbereich, vgl. auch Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden 5 24 ff.; 28 95
 - Amtliche Tätigkeit 5 44 ff.

- Anspruch auf staatliche Leistungen 5 56 ff.
 - Berufsausübungsfreiheit 3 81; 4 4; 5 1, 13, 24, 36 ff.
 - Berufswahl- und Berufszugangsfreiheit 5 1, 13, 24, 33 ff.; 12 25; 28 95, 99
 - Konsumfreiheit 5 24, 29 ff.; 6 81
 - Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, vgl. Erwerbstätigkeit 5 28 ff., 77; 20 20
 - Schutz vor Konkurrenz 5 54; 18 68 ff.
 - Wettbewerbsgarantie 4 53, 71 ff.; 20 14, 17
 - Träger 5 25, 77 ff.; 18 119; 39 4 ff.
 - Arbeitgeber 5 69
 - Arbeitnehmer 5 107
 - Ausländer 5 67, 69
 - Beamte 5 50, 70
 - im besonderen Rechtsverhältnis 5 70; 39 4
 - juristische Personen 5 73 ff.
 - selbständig Erwerbende 5 66
 - unselbständig Erwerbende 5 66
- Wirtschaftsgewerbe, vgl. Gastwirtschaftsgewerbe
- Wirtschaftsintegration, europäische 8 9, 47; 10 1 ff., 45 ff.; 28 7; 31 30
- Wirtschaftsintegration, schweizerische 4 12 f., 7 48, 79
- Wirtschaftskrise 3 23, 113; 8 30; 34 23
- Wirtschaftsordnung 3 1 ff., 14, 90 f.; 4 19, 88; 6 33 ff.; 8 25
- Wirtschaftspolitik
 - Begriff 1 16; 4 45; 5 108 f.; 18 45 ff.
 - Politikfestlegung 15 27 ff.
 - Politikvollzug 15 51 ff.
 - Verantwortung des Bundes 4 19, 84; 7 16
- Wirtschaftspolitische Bewilligungen, vgl. Bewilligung
- Wirtschaftsraum, einheitlicher, vgl. auch Binnenmarkt und Europäischer Wirtschaftsraum 3 2 ff., 14, 23, 26; 4 14, 100; 5 18 f.; 7 40 ff.; 10 30; 15 52, 61; 19 31; 27 15; 39 16
- Wirtschaftsrecht
 - auf Gesetzesstufe 2 22 f.; 3 100
 - auf Verfassungsstufe 2 17 ff.
 - auf Verordnungsstufe 2 24 f.
 - Aufgaben 2 10 ff., 23; 16 8, 92
 - Begriff 2 10 ff.
 - extraterritoriale Wirkung 8 37
 - Kollisionsrecht 8 36; 37 6
 - Wirtschaftsstrafrecht 2 30
- Wirtschaftssanktionen 32 15, 43 f., 68; 33 29
- Wirtschaftsstaatsprinzip 4 35
- Wirtschaftsstatistik 26 51 ff.
- Wirtschafts- und Währungsunion, vgl. Europäische Union
- Wirtschaftsverbände, vgl. Verbände
- Wirtschaftsverfassung
 - Begriff 4 28; 7 1 ff.
 - Besonderheiten der schweizerischen Wirtschaftsverfassung 2 8 f.; 3 26, 36, 105 ff., 114; 4 1 ff., 82 ff.; 6 33; 20 11 f.
 - Europäische 7 39, 49; 10 1 ff.
 - Globale 8 7 ff.
 - Inhalt 2 17 ff.; 4 1 ff.; 7 1 ff.; 13 10
 - Leitbilder 3 42; 4 33 ff., 75 ff.
 - Wirtschaftsverfassung der Wettbewerbsfreiheit 4 38 f.
 - Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftsfreiheit 4 36 f.
 - Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftspolitik 4 40 f.
 - Kantone 3 5 f.; 7 4, 17 ff.
- Wirtschaftsverkehr, vgl. Handel
- Wirtschaftsvölkerrecht 2 26 f.; 8 11 ff.
- Wirtschaftswachstum 8 29, 31; 25 2, 15; 34 1, 9
- Wirtschaftszweig
 - Begriff 18 61; 30 1 ff.; 32 30
 - Erhaltung gefährdeter 30 7 ff.

Wohlerworbene Rechte 6 7 f., 11, 35
 – Ehehafte Rechte 3 8, 16, 24; 6 8
 Wohlfahrt, gemeinsame 4 10, 15; 11 14;
 28 4; 29 2
 Wohlfahrtsartikel der BV 3 62, 91; 4 15,
 106; 11 32; 32 12
 Wohlfahrtsförderung 3 34; 11 2; 32 12 f.
 Wohlfahrtsmonopol, vgl. Monopole
 Wohlstand 11 6 f.
 Wohnsitzerfordernis 5 19, 130; 7 42
 Wohnungsmarkt 5 129; 6 46; 22 20;
 29 16
 Working poor 11 10 f.
 WTO 3 96 ff.; 8 8, 16, 45, 54; 9 1 ff.;
 10 52 f.; 13 77; 16 65; 19 63 ff.; 29 18;
 30 41, 98 ff.; 32 63, 65; 33 11, 25, 49;
 34 13, 24 f.
 – Antidumpingmassnahmen 9 44 f.
 – Beitritt der Schweiz 9 60 ff.
 – Doha Development Agenda 9 65
 – GATS 8 8, 45; 9 51 ff.
 – GATT 3 96; 8 27, 41, 45; 9 1, 3,
 34 ff.; 6 111; 16 27, 65; 19 57, 63 ff.;
 33 9 ff.
 – Chapeau 9 19, 21 f.
 – enabling clause 9 18
 – Grundsatz der Inländerbehand-
 lung 9 3, 6 f., 53 f., 58; 19 66, 83
 – Grundsatz der Meistbegünstigung
 9 3 ff., 14, 16, 18, 51, 53, 58
 – Grundsatz der Reziprozität 9 3, 8,
 10, 18
 – Grundsatz der Streitschlichtung im
 Rahmen der WTO 9 3, 11, 26, 35
 – Grundsatz der Tarifizierung 9 3, 8,
 35, 39
 – Grundsatz der Zollbindung 9 3, 9,
 35
 – handelsbeschränkende Mass-
 nahmen 9 19 ff.
 – two-tier test 9 19
 – waiver clause 9 18
 – Gattlex 9 63
 – GPA 19 64 ff.

– Green box-Massnahmen, vgl. auch
 Landwirtschaft 9 40
 – Konsensprinzip 9 25, 28
 – Plurilaterale Abkommen 9 32, 37 f.;
 19 64
 – Streitschlichtung 9 11, 26 ff.
 – Appellate Body 9 28, 48
 – Dispute Settlement Body (DSP)
 9 27
 – Panel 9 27
 – Subventionswettbewerb 9 46 ff.; 16 65
 – TRIMs 9 43
 – TRIPS 9 58 f.
 – Wettbewerbsrecht 20 40

Z

Zahlungsbilanz 25 14
 Zahlungsbilanzhilfen 34 19
 Zahlungsverkehr 10 4, 11; 18 115
 Zentralbank, vgl. Nationalbank
 Zentralverwaltung, vgl. Verwaltung
 Zielkonflikte 4 19; 25 17 ff.
 Zinsdifferenzgeschäft, vgl. auch Bank-
 geschäfte 36 2
 Zirkus 5 139 f.; 17 38
 Zivilprozessordnung, Schweizerische
 (ZPO) 23 16, 19
 Zollartikel der BV 3 27; 13 3; 32 17, 26 ff.
 Zollbindung 9 3, 9; 30 100
 Zölle 3 26 ff., 39.; 7 14, 31; 8 41 f.; 9 8, 44;
 10 5, 40; 13 60, 81 ff.; 25 36 f.; 30 100,
 109 ff.; 32 17, 26 ff.; 33 6 ff.
 – Fiskalzölle 32 4, 28; 33 7
 – Schutzzölle 32 4, 28; 33 7
 Zollgesetz (ZG) 9 63; 32 35
 Zollhoheit 4 21
 Zollkontingent 16 2; 30 113 ff.; 33 18 f.,
 26
 Zollpolitik 3 39; 32 3 f., 69
 Zollpräferenzen 8 27; 9 4, 16, 18; 34 24 f.
 Zolltarifgesetz (ZTG) 9 63; 13 84; 30 114;
 32 35, 40
 Zollunion 3 26; 8 42; 9 4, 14 ff., 37; 10 5
 Zollverwaltung, eidgenössische 13 85

Zucker 9 48; 30 125

Zulassungsbeschränkungen, vgl. auch

Massnahmen 5 35, 63

Zwangsarbeit, vgl. auch Wirtschafts-
freiheit 4 6; 5 33; 6 94

Zweckartikel der BV 4 15; 7 56; 11 32;
14 14; 28 4

Zweistufentheorie 19 10

Zwischenkriegszeit 3 51 ff.